

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Notunterkunft Liebrechtstraße
Interview mit Waltraud und
Volker Kortzen

Seite 3



Wie alles begann
5 Jahre DIE LINKE

Seite 6



Occupy
ein neuer Aufbruch

Seite 8



Landtagswahl in NRW
Krachende Niederlage für CDU
und für LINKE

Seite 10

Option Chaos

Oder: Wie man erfolgreich eine Behörde lahm legt

Lange Schlangen vor dem JobCenter bereits frühmorgens um acht, Wartezeiten von bis zu sechs Stunden, verspätete Zahlungen oder gar Zahlungen ohne Bescheide und ein letzter Platz in der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen sind das Ergebnis des Versuchs der Stadt Essen, die Betreuung der gut 80.000 Essener Hartz4-Berechtigten in Eigenregie durchzuführen.

Eines Versuchs, der alle Beteiligten – vor wie hinter dem Schreibtisch – viel Zeit und Nerven kostet. Eines Versuchs, der bereits nach knapp sechs Monaten als gescheitert betrachtet werden darf.

Am Anfang lockte das große Geld. Durch die Entscheidung pro Optionskommune versprach sich die Stadtspitze, allen voran Sozialdezernent Renzel (CDU), auch über die mehrstelligen Millionenbeträge des Bundes für Maßnahmen zur Arbeitsförderung in Eigenregie entscheiden zu können. Obwohl die Fördermittel bereits damals drastisch reduziert wurden, sprach sich im Frühjahr 2011 eine Mehrheit aus SPD/CDU/Grünen/FDP/EBB dafür aus, dass Essen eine so genannte Optionskommune werden soll. Einzig DIE LINKE stimmte gegen die Umstellung – nicht zuletzt wegen der erwartbaren Probleme und Verschlimmbesserungen für die Berechtigten.

Verbunden mit der Optionsentscheidung war eine Umstellung der kompletten EDV: Sämtliche Daten mussten – teils manuell – übertragen und zahlreiche Schnittstellen zu anderen Programmen neu eingerichtet werden. Angesichts der Komplexität der bisher (mit-)genutzten Programme der Bundesagentur und auch der Datenmenge keine Kleinigkeit. Umso erschreckender, dass hiermit erst Monate nach der Ratsentscheidung begonnen wurde – mit deutlich zu wenigen Mitarbeitern. Grund ist – wie so oft – der unsägliche 1.000-Stellen-Beschluss des Viererbündnisses. Hierdurch werden Einstellungen, die dringend nötig gewesen wären, de facto verhindert. Erst jetzt, wo das Kind längst in den Brunnen gefallen ist, will man in nennenswertem Umfang Personal hinzufügen.

Ergebnis dieser katastrophalen Vorbereitung ist, dass inzwischen nichts mehr läuft. Beispiel Leistungszahlung: Verspätete Zahlungen sind ja nichts Neues. Doch inzwischen bekommen mehrere hundert Hartz4-Berechtigte monatlich regelmäßig ihr Geld, jedoch ohne Leistungsbescheid. Grund sollen Ausfälle der Druckmaschinen sein. Ergebnis ist: Die Hartz4-Berechtigten können nicht überprüfen, ob ihre Gelder richtig berechnet sind (was in der Praxis oft nicht der Fall ist). Ohne Bescheid wird es auch schwierig, fristgerecht Widerspruch gegen unberechtigte Abzüge einzureichen.

Beispiel Erreichbarkeit: Die telefonische Nicht-Erreichbarkeit der JobCenter-MitarbeiterInnen ist ja nichts Neues. Auch das sollte mit der Umstellung auf die Optionskommune besser werden. Das Gegenteil aber ist der Fall. Zudem gestaltet sich auch die persönliche Vorsprache – oft das letzte

Mittel, wenn's brennt – angesichts endloser Schlangen und Wartezeiten bis zu sechs Stunden als schwierig. Eine Folge ist, dass der Zulauf zu den mittlerweile sieben Offenen Hartz4-Beratungsstellen deutlich ansteigt.

Beispiel Belastung der MitarbeiterInnen des JobCenters: Wenn nichts



mehr geht und die Probleme der „Kunden“ schlicht nicht mehr gelöst werden können, sinkt naturgemäß die Stimmung. Die (ohnehin hohen) Krankenstände steigen weiter an, immer mehr MitarbeiterInnen bewerben sich weg.

Beispiel Vermittlung: Bei all dem Chaos kommt die eigentliche Aufgabe, die Vermittlung in Arbeit bzw. die Qualifizierung naturgemäß zu kurz. Im NRW-

Ranking liegt Essen inzwischen auf dem letzten Platz. Ende Mai waren sage und schreibe 8 (in Worten: acht) arbeitsfähige Hartz4-Berechtigte mehr in Arbeit als einen Monat zuvor – bei über 29.000 als arbeitsfähig eingestuften Hartz4-Berechtigten. Zum Vergleich: Die Bundesagentur für Arbeit in Essen konnte Ende Mai knapp 400 Erwerbslose weniger ausweisen als im Vormonat. Selbst Ein-Euro-Jobs (deren Zahl drastisch gekürzt wurde) können durch die verwaltungsinterne Blockade nur noch teilweise besetzt werden. Hier drohen Gelder vom Bund – über die man in Eigenregie entscheiden wollte – schlicht zu verfallen.

Fazit: Was viele nicht für möglich gehalten haben, ist eingetreten. Der (über-)ambitionierte Versuch, die Essener Hartz4-Berechtigten in städtischer Eigenregie zu betreuen, hat eine ganze Behörde lahmgelegt. Zu Lasten der dort Beschäftigten und zu Lasten von über 80.000 Hartz4-Berechtigten in Essen. Es ist an der Zeit, diese Entscheidung grundlegend in Frage zu stellen – noch ist eine Rückabwicklung möglich. hik

Live aus Griechenland!



Unsere Auslandsreporter berichten von der Wahl:

„Ein großartiges Ergebnis für SYRIZA: gut 27%! 10%-Punkte Zugewinn binnen einen Monats. Die meisten großen Städte gingen klar an SYRIZA.“

Zwar wird noch gezählt, aber zurzeit liegt SYRIZA denkbar knapp hinter der bürgerlich-konservativen Nea Demokratia. Die wird nun vermutlich mit der abgeschlagenen

sozialdemokratischen PASOK (gut 10%) eine Regierung zur Fortsetzung der Kürzungsdiktate bilden.

Dennoch zeigt dieses Ergebnis, dass die Ablehnung der merkelschen Austeritätspolitik bei den Menschen in Europa wächst.“

& Kurz Knapp

Heuern und feuern

Die LINKE erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten am Alfried-Krupp-Krankenhaus, deren Küchenteam einer überfallartigen Kündigung zum Opfer fiel. Der Betriebsrat wurde dabei offensichtlich übergangen. Der Kostenwettbewerb im Gesundheitswesen soll durch Flucht aus dem Tarifvertrag auf dem Rücken der wenig verdienenden, überwiegend weiblichen Beschäftigten getragen werden.

Es gibt wieder Beschäftigte erster und zweiter Klasse – Menschen werden zu bloßen Kostenfaktoren abgewertet. Grundwerte der sozialen Demokratie werden völlig außer Acht gelassen. Hält die patriarchale Gutsherrenart aus Kaisers Zeiten wieder Einzug in die Gegenwart?

Sprachförderung

Zur Haushaltsberatung 2011 stellte die SPD einen von den LINKEN ausdrücklich unterstützten Antrag, ein Integriertes Sprachförderkonzept für die Stadt Essen einzuführen. Nachdem das Viererbündnis mit der Begründung „Alles ist optimal und bedarf keiner erneuten Prüfung oder Konzeption“, abgelehnt hatte, fand sich unlängst im Kulturausschuss dann doch eine Mehrheit für die Überprüfung der Konzeption „Sprachförderung für Migranten“. Weiter wurde einer gemeinsamen Evaluation von Stadt und der Uni Essen zum Thema „Qualität der Sprachförderung“ zugestimmt. Der Horizont von CDU, Grünen, FDP und EBB scheint sich zu öffnen. Hoffentlich können sie sich auch in den Haushaltsberatungen 2012 daran erinnern, wenn es darum geht, den Prüfungen auch Taten folgen zu lassen.

FC Kray demnächst im RWE-Stadion?

Herzlichen Glückwunsch an den FC Kray zu dem gelungenen Aufstieg in die 4. Liga! Dank einer disziplinierten Leistung in Hin- und Rückspiel ging der FC Kray als hochverdienter Sieger aus der Relegation gegen den ehemaligen Bundesligisten Bayer Uerdingen hervor. Wir freuen uns auf die kommende Saison – dann auch an der Hafestraße?

Leere Taschen zum Monatsersten bescherte die Stadt allen Hartz4-Empfängern. Angeblich ein „Versehen“ – soll auch nicht wieder vorkommen, so war zu hören.

Büchereien gerettet?

Auf Initiative der LINKEN beschloss der Rat in seiner Mai-Sitzung, den Bestand der 17 Essener Bibliotheken (Zentralbibliothek, Französische Bibliothek sowie 15 Stadtteilbibliotheken) zu sichern – zumindest bis zur nächsten Kommunalwahl 2014. Dem vorweg gegangen war jedoch eine monatelange Diskussion in den Ausschüssen und der Öffentlichkeit – bis hin zur Gründung einer Initiative, die ein Bürgerbegehren für den Erhalt aller Bibliotheksstandorte starten wollte.

Aufschlag: Susanne Asche

Ehre, wem Ehre gebührt: Vorreiterin in der Debatte um mögliche Schließungen von Stadtteilbibliotheken war bereits im Januar die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Susanne Asche. Um außerplanmäßige Schließungen (bspw. durch Krankheit) von Stadtteilbibliotheken zu reduzieren, hatte sie öffentlich vorgeschlagen, außerplanmäßige Stellen in Planstellen umzuwandeln, dies solle dann auch den Stadtteilbibliotheken zugute kommen. An sich keine schlechte Idee, jedoch stehen dem der rigide Kürzungskurs des Kämmers und der 1.000-Stellen-Beschluss von CDU/Grünen/FDP/EBB (bis 2015 sollen demnach 1.000 Stellen in der städtischen Verwaltung abgebaut werden), entgegen. Ein Vorschlag also getreu der Devise „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“, der zu Recht Spott aus den Reihen von SPD und LINKEN erntete. Natürlich hieß es nachher, man sie „falsch verstanden“, und keineswegs wollten sie damit Schließungen zustimmen.

Bücherfreunde formieren sich

Anfang Mai kam die lang erwartete Vorlage des Kulturdezernenten zur Zukunft der Bibliotheken. Hierin wurden drei kleinere Stadtteilbibliotheken zur Schließung vorgeschlagen: Stoppenberg, Kray und Holsterhausen – allesamt Standorte nördlich der A40, dort wo besonders viele ärmere und ohnehin benachteiligte Menschen leben. Der Protest der Bücherfreunde und Anderer ließ nicht lange auf sich warten: Die Bürgerliste Nord beschloss, ein Bürgerbegehren für den Erhalt aller Büchereistandorte durchzuführen. Unsere Fraktion brachte einen Antrag in den Rat ein, der vier Punkte umfasste: Punkt eins enthielt ein klares Bekenntnis für den Erhalt der gegenwärtig 17 Bibliotheksstandorte; Die Punkte zwei bis vier enthielten konkrete Vorschläge für eine bessere Personalausstattung der Büchereien (aktuell sind von 111 Planstellen nur 85 tatsächlich besetzt). Was am 23. Mai in der Ratsitzung folgte, glich jedoch zeitweise einem Possenspiel. Getreu dem Motto „Eine gute Idee erkennt man daran, dass sie übernommen wird“ (Copyright: Dr. Burak Copur, grüner Ratscherr), brachte das Viererbündnis zehn Minuten vor Sitzungsbeginn ebenfalls einen Antrag für den Erhalt der Büchereien ein. Einziger Unterschied zum ersten Punkt unseres Antrags: Man wollte den Erhalt nur bis zum Ende der Ratslegislatur – also bis Mitte 2014 – sicher stellen. Nach teils heftiger Debatte war gut dreißig Minuten später auch Thomas Kufen dort angekommen, wo unsere Fraktion gestartet war: Würde



Foto: Stefan Dolge

DIE LINKE den ersten Punkt ihres Antrags zurückziehen und dem Antrag von CDU & Co. zustimmen, würden die CDU auf die Befristung in ihrem Antrag verzichten. Damit würde der CDU-Antrag inhaltlich unserem ersten Punkt eins zu eins entsprechen. Der Briefkopf ist halt manchmal wichtiger als der Inhalt. Nachdem alle Klarheiten beseitigt schienen, schaltete sich OB Paß ein und ermahnte (berechtigt) zur Ernsthaftigkeit.

Substantielle Unterschiede zwischen den beiden Anträgen von LINKEN sowie CDU & Co. habe er nicht erkennen können. Er möchte nun – auf Grundlage des LINKEN-Antrages – folgenden Text zur Abstimmung bringen: „Das Netz der 17 Bibliotheken bleibt zumindest für die Dauer der Ratslegislatur erhalten.“ Letzte Versuche der SPD-Fraktion, die Formulierung „zumindest für die Dauer der Ratslegislatur“ zu streichen, scheiterten. Es wurde abge-

stimmt, mit dem Ergebnis, dass alle Fraktionen zustimmten, die SPD-Fraktion sich jedoch enthielt.

Fazit: Büchereien gerettet?

Und nun? Befristung hin oder her, ohnehin können selbst Ratsbeschlüsse jederzeit revidiert werden. Lediglich angesichts der näher rückenden Kommunalwahlen 2014 ist nicht davon auszugehen, dass – wer auch immer – einen Vorstoß für die

Schließung von Bibliotheksstandorten unternehmen wird. Spätestens mit den Haushaltsberatungen im Herbst dieses Jahres werden jedoch auch die anderen Fraktionen Farbe bekennen müssen. Denn eines ist klar geworden: Ein Erhalt der Essener Bibliothekslandschaft braucht auch eine angemessene personelle Ausstattung. Andernfalls führen Beschlüsse für den Erhalt einzelner Institute nur zur Verschärfung des verwaltungsinternen Kannibalismus.

Verwaltung verzögert Elternbefragung

Schulentwicklungsplanung verläuft schleppend

Von Nina Herff

Seit 2010 haben Linke und SPD die Verwaltung der Stadt Essen mehrfach aufgefordert, endlich eine alle Schulformen umfassende Schulentwicklungsplanung vorzulegen. So ein Konzept gibt es in Essen bisher nicht, die Gestaltung der Schullandschaft wird mehr oder weniger dem Zufall überlassen, frei nach dem Motto: Zu wenige Anmeldezahlen – Schulstandort läuft aus.



Nina Herff ist Ratsmitglied in der Fraktion DIE LINKE

Um dem Dschungel an Schulformen, der neuen Sekundarschule, Rückgang von Kindern in den einen und gleichzeitiger Zuwachs in den anderen Stadtteilen, Weiterentwicklung des Offenen Ganztags etc. wirklich gerecht werden zu können, bedarf es jedoch einer von Politik, Schulleitungen und Eltern abgestimmten, in die Zukunft gerichteten Standortplanung.

Der Schulausschuss hatte dies in einer Sitzung im März nochmal ausdrücklich bekräftigt und neben einem Strategie- und Kriterien-Papier auch eine Befragung der Grundschulleitern zeitnah in Auftrag gegeben. Was da jedoch von Seiten der Verwaltung im Juni dem Schulausschuss vorgelegt wurde, hatte mit dem politischen Auftrag wenig zu tun.

Nebulös sprach das dünne Papierchen von Bezirkskonferenzen der Schulleitung und Aufklärung der Eltern über die Sekundarschule.

Eine Elternbefragung soll entgegen des Beschlusses im Schulausschuss nur noch an einzelnen Standorten punktuell erfolgen – der Dezernent hält eine flächendeckende Befragung für nicht zielführend. Strategien oder Kriterien fehlen völlig. Die Konzentration der Verwaltung auf die Sekundarschule als Heilsbringer findet bei der LINKEN wenig Verständnis. Die kleine Gesamtschule ohne Oberstufe macht Druck auf die bestehenden Gesamtschulen,

die im Gegensatz zur Sekundarschule zum Abitur führen, und kann nach Auffassung der Linken, höchstens in Ausnahmefällen, z.B. in ländlichen Regionen die Schullandschaft sinnvoll unterstützen. Wieder einmal verschleppt die Verwaltung hier einen klaren politischen Auftrag – diesmal auf dem Rücken der Schüler und Eltern unserer Stadt. DIE LINKE mahnte den Dezernenten an, schleunigst nachzubessern und den Elternwillen über eine flächendeckende Befragung der Grundschulleitern – wie im Schulausschuss beschlossen – einzuholen.



Foto: Heike Jordan

Atomtransport durch Essen

Fast unbemerkt schipperte über Pfingsten ein Frachtschiff mit Atommüll von Süddeutschland gen Ostsee.

Mitten durchs Ruhrgebiet und sogar, auch wenn Grüne sich das vor gut einem Jahr noch nicht vorstellen konnten, über Essener Stadtgebiet. Trotz früher Stunde kam

es von Duisburg bis Herne zu mehreren Protestaktionen – in Münster konnte der Transport durch eine Abseilaktion gar aufgehalten werden. Dabei waren Umweltverbände und LINKE – einzig die Grünen hatten nichts mitbekommen und fehlten unentschuldig.

Essener Linksfraktion is going Social (Media)

Die Fraktion der LINKEN im Rat der Stadt Essen informiert nun auch auf der Plattform Facebook zeitnah und aktuell. Darüber hinaus soll ein Podium der Diskussion und der Vernetzung geboten bzw. benutzt werden. So können wir Interessierte, die sich einfach als Freunde unter „www.facebook.com/linksfraktion.essen“ anmelden können, über die Aktivitäten im Rat, der Geschäftsstelle aber auch über Essen hinaus informieren und mit allen wichtigen

Nachrichten aus der sozialpolitischen, globalisierungskritischen und nachhaltig-ökologischen Politik vernetzen.



Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE.Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax : 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 15.08.2012.

Neues aus der Geschäftsstelle

Wir haben Verstärkung bekommen: Seit dem 8. Mai 2012 unterstützt Sylvia Schochow die Geschäftsstelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit & Verwaltung.



Erfahrung in politischer Arbeit hat die neue Referentin zuvor bei außerparlamentarischen Bewegungen und NGOs gesammelt.

Die Liebrechtstraße in Essen-Überruhr ist die letzte verbliebene Notunterkunft in unserer Stadt. Der Zustand der Gebäude ist marode und seit Jahren leben die Menschen hier unter unerträglichen Umständen. Der Bezirksvertreter Stefan Dolge, der Geschäftsführer der Fraktion der LINKEN Jörg Bütefür, Holger Vermeer, und Jutta Potreck vom Bauausschuss haben die Anlage dieser letzten Notunterkunft in Essen in Augenschein genommen.

In der BV VIII hatten wir die Frage, wann kann hier renoviert werden? Die Antwort war, es könne nichts gemacht werden, weil kein Investor gefunden wird. Wofür wird denn einer gebraucht?

Waltraud: Hier müsste renoviert werden.

Volker: Die Fenster müssen saniert werden. Das ist schon lange bekannt und durch sämtliche Zeitungen gegangen.

Seit wann ist das denn bekannt?

Waltraud: Bekannt ist es schon seit den 90-ern. Wir selbst wohnen erst seit 2005 hier.

Besteht noch weiterer Bedarf?

Volker: Die Fenster sind das Wichtigste. Die sind undicht. Es zieht, wenn der Wind drauf steht. Mit der Folge, dass die Heizkosten steigen.

Wie heizt ihr hier?

Volker und Waltraud: Mit Kohle.

Das Amt stellt pro Heizsaison 650 Euro Kohlegeld zur Verfügung?

Waltraud: Nein, für alleinstehende Personen gibt es über Antrag 420 Euro. Als Ehepaar in der Bedarfsgemeinschaft bekommen wir vom JobCenter weniger. Das sind nur 210 Euro pro Person. Dafür bekommt man keine Tonne Kohle. Seit wir Rentner geworden sind, müssen wir das selbst zahlen.

Soweit ich weiß, müsstet ihr doch Geld vom Amt für Soziales und Wohnen erhalten.

Volker: Wir sind gemeinschaftlich 5 Euro über dem Satz.

Wie hoch sind eure Kosten pro Heizperiode?

Volker: Je nachdem wie lang der Winter ist, muss man mit 1,5 t rechnen.

Waltraud: Letztes Jahr kostete 1 t Kohle 275 Euro.

Bei Euch gegenüber sieht es furchtbar aus: Die Fenster sind in sich verzogen, es ist kein Kitt mehr vorhanden. Gibt es ein Haus in der Anlage, in dem die Fenster nicht saniert werden müssen?

„Ich wollte mal selber einen Flur streichen. Die Kosten für die Farbe sind abgelehnt worden.“

Volker: Es sind jetzt schon einige Thermofenster eingesetzt worden, weil die Fenster rausgefallen waren. Aber es wurden nicht alle ersetzt, nur dort, wo es am notwendigsten war.

Einige der erneuerten Fenster sind nicht verputzt worden und dadurch nicht dicht.

Volker: Die Firmen wollten noch einmal wiederkommen - sind sie aber nicht.

Wer ist dafür zuständig, wer ist Euer Ansprechpartner?

Volker: Ein Verwalter aus der Liebrechtstraße. Er gibt die Aufträge weiter an die Werkstatt in der Steubenstraße.

Waltraud: Er ist ein guter Verwalter.

Volker: Er kann einfach nicht mehr machen.

Kennt ihr jemanden, der noch länger hier wohnt als ihr?

Waltraud: Eine ältere Frau wohnt über 30 Jahre hier, sie hat sich ein kleines Zuhause aufgebaut.

Im Jahr 2008 sind im Sozialausschuss 400.000 Euro für die sofortige Instandsetzung bereitgestellt worden. Wisst ihr davon, habt ihr etwas davon bekommen? Wir haben jetzt 2012.

Volker: Nein.

Waltraud: Keine Ahnung.

Teilweise sind die Kohleöfen entfernt wor-



Fotos:Stefan Dolge

Notunterkunft Liebrechtstraße:

„Dieses Haus ist schimmelfrei – noch!“

Interview mit Waltraud und Volker Korten

den, was auch auf eigenes Verlangen hin geschah, aber es wurde keine neue Heizung eingebaut.

Volker: Daher gibt es für uns keine andere Heizmöglichkeit als elektrisch.

Mein erster Eindruck war: Schöne Anlage, blühende Bäume, die Rasenflächen gepflegt...

Volker: Mit vier Mann pflegen wir die ganze Anlage. Ich habe mal damit angefangen, als das Gras sehr hoch stand. Erst bin ich mit der Sense rangegangen und dann mit dem Mäher. Da kam einer der Verwalter und fragte mich, ob ich nicht Lust hätte, die ganze Anlage zu machen? Ich habe alleine angefangen, die anderen sind nach und nach dazu gekommen.

Es ist ein augenscheinlicher Widerspruch. Die Liebrechtstraße hat eine gute Lage, verkehrlich gut angebunden, die Grünanlage ist gepflegt, aber die Verrottung der Häuser ist nicht zu übersehen.

Volker: Wenn wenigstens Maler und Lackierer das Größte überstreichen würden. Ich wollte mal selber einen Flur streichen. Die Kosten für die Farbe sind abgelehnt worden.

Eigeninitiative wird abgelehnt?

Waltraud: Nicht direkt. Es sollte halt professionell gemacht werden.

Volker: Wenn ich meine Materialkosten dem Verwalter gebe, wird das nicht finanziert. Die möchten, dass das Betriebsintern erledigt wird, aber das Fachpersonal hat einfach keine Zeit dafür.

Was habt ihr früher beruflich gemacht?

Volker: Gelernt habe ich Elektriker. Ich war beschäftigt bei den Olympic Kinobetrieben und im Autokino Essen. Ich war mal Kinotechniker. Alles was mit Ton und Elektrik zu tun hatte, habe ich installiert und die schweren Vorführgeräte eingerichtet - in ganz Deutschland. Als das Kinosterben anfang, haben wir aus einem großen Kino

drei und vier kleine Kinos gemacht. Das letzte Kino, das ich umgebaut habe, war in Neumünster. Dort war ich 25 Jahre lang und habe Filme vorgeführt. Als mein Chef starb, bin ich entlassen worden. Der Nachfolger wollte nur mit Aushilfen arbeiten. Danach habe ich bei Getränke Lüning als Getränkefahrer angefangen. Dort habe ich später auch die elektrischen Anlagen gewartet.

Waltraud: Ich habe 18 Jahre in einem Büro gearbeitet, danach wurde ich Verkäuferin und habe im Einzelhandel eine Weiterbildung gemacht, die ich mit einem Diplom abschloss.

Heizungen, Fenster und Türen müssen Instand gesetzt werden. Da könnte man doch einiges selber machen. Könnten sich die Aktiven hier nicht zusammmentun und einfach anfangen zu renovieren?

Waltraud und Volker: Das dürfen wir nicht.

Volker: Als die Unterkünfte für Asylbewerber abgebaut wurden, sind Heizkörper und Fenster, die hier gepasst hätten weg gekommen. Sie wurden entsorgt. Wir hätten die gut gebrauchen können und eingebaut.

Wofür müssen Politik und die Stadt sorgen?

Waltraud: Am wichtigsten sind die Fenster und Türen. Dieses Haus hier ist noch schimmelfrei - noch.

Was wünscht ihr Euch?

Waltraud: Ruhe und Frieden hier in der Anlage und mit der angrenzenden Nachbarschaft. Keine Pöbeleien durch ange-trunkene Jugendliche von außerhalb.

Volker: Instandsetzung der Gebäude und Frieden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview für den Essener Morgen führten Waltraud Steuer und Stefan Dolge.

Link zum Schöner-Wohnen-Artikel der NRZ: <http://www.derwesten.de/staedte/essen/die-notunterkunft-ist-fuer-familie-korten-zur-heimat-geworden-id6445854.html>

Schöner Wohnen im Essener Süden?

Bereits im Jahr 2008 hatte der Rat die Sanierung der Siedlung beschlossen - passiert ist bis dato nichts. Aufgeschreckt durch einen Bericht der Verwaltung in der Bezirksvertretung VIII, brachte die Fraktion DIE LINKE diesen Punkt erneut auf die Tagesordnung. Mit folgendem Ergebnis: Wieder einmal wird sich die ALLBAU AG der Aufgabe annehmen. Widersprüchliche Presseberichte in der WAZ und NRZ über den Zustand der Gebäude bewogen unsere Fraktion dazu, sich selbst ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. So startete kurz vor den Osterferien eine kleine Delegation zu einem Ortstermin. Ein erster Rundgang durch die Siedlung bestätigte unsere Befürchtungen: Verzogene und undichte Fenster, teilweise von innen mit Pappe oder Wolldecken isoliert, feuchte Fassaden und offene Haustüren - da es keine Klingelanlagen gibt. Trotz wiederholter Ankündigungen gegenüber den BewohnerInnen und trotz des Ratsbeschlusses vor drei Jahren, wurde all die Jahre nichts unternommen, um die Gebäude Instand zu setzen. Zwar wurden in einzelnen Wohnungen zwischenzeitlich die Kohleöfen entfernt - jedoch ohne Ersatz zu schaffen. Ergebnis: Die betroffenen BewohnerInnen müssen mit Strom heizen, auf den erhöhten Heizkosten bleiben sie jedoch sitzen. Das JobCenter Essen weigert sich schlicht, diese in „voller tatsächlicher Höhe“ zu übernehmen, wie dies im Gesetz vorgeschrieben ist. Daher wurde zahlreichen BewohnerInnen der Strom abgestellt. Vor allem dem Engagement einiger BewohnerInnen ist es zu verdanken, dass die Lebensumstände in der Siedlung halbwegs erträglich sind: So wird die Pflege der Grünanlagen in Eigenregie übernommen, und bei vielen alltäglichen Kleinigkeiten unterstützt man sich gegenseitig. Problematisch ist allerdings, dass insbesondere von den älteren BewohnerInnen viele sich nicht mehr selber helfen können und eigentlich intensivere Betreuung bräuchten. Hier besteht - auch nach einer baulichen Sanierung - zusätzlicher Handlungsbedarf.



Stichwort:

Mehr Miete für Hartz4-Berechtigte

Oder: Warum Quadratmeter keine Quadratmeter sind

Von Rechtsanwalt Carsten Dams

Die gute Nachricht zuerst: Das Bundessozialgericht hat am 16.05.2012 ein Urteil gesprochen, das die finanzielle Lage der allermeisten Hartz4-Betroffenen in NRW, deren Miete nur gekürzt übernommen wird, verbessert.

Die schlechte Nachricht: Ob und welche Rechenricks die Stadt Essen anwenden wird, um die durch das Urteil entstehenden Kosten zu senken, ist noch nicht klar.

Was also steht nun in dem Urteil (zum Verfahren B 4 AS 109/11 R, fall es jemand nachlesen möchte) genau drin? Sehr wenig eigentlich, hauptsächlich, dass seit dem 01.01.2010 für alleinstehende Hartz4-Berechtigte eine Wohnfläche von 50 qm als angemessen gilt, weil es hierzu neue Verwaltungsvorschriften gibt. In den alten Vorschriften war von 45 qm die Rede. Neu wie alt: Pro Person 5 qm mehr.

Jetzt könnte der Berechtigte mit einem gewissen Restvertrauen in die Verwaltung denken: „Aha. Mir steht eine 50-qm-Wohnung zu.“ Wo ist da noch Platz für „Rechenricks“? Leider ist dafür eine Menge Platz, denn das Bundessozialgericht hat nicht etwa eine Quadratmeterzahl festgelegt, die der Einzelne haben kann, es hat lediglich eine Zahl in einem Rechenweg bestimmt.

Dieser Rechenweg ergibt sich aus § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II (Versprochen: der einzige Paragraph in diesem Artikel!) der festlegt, dass die „Aufwendungen“ für Unterkunft



Foto: Stefan Dolge

und Heizung übernommen werden, soweit sie „angemessen“ sind. Aufwendungen lassen sich aber nur in Geld ausdrücken, so dass man zunächst von Quadratmetern zu Geld kommen muss. Das machen Rechtsprechung und Verwaltung so: Angemessene qm x angemessener qm-Mietpreis = angemessene Kaltmiete. Bezogen auf Essen heißt das also: Vor dem Urteil:

45 qm x 4,83 Euro = 217,50 Euro
Nach dem Urteil:
50 qm x 4,83 Euro = 241,50 Euro
Aufwendungen für Unterkunft und Heizung werden nur übernommen, soweit sie „angemessen“ sind.
Merke: Ist einmal die angemessene maximale Kaltmiete errechnet, kommt es auf die Quadratmeter nicht mehr an. Ob man also für das gleiche Geld 20 qm in Rütten-

scheid will oder 55 qm in Altenessen, steht einem frei.

Diese Methode zur Ermittlung nennt sich Produkttheorie und wird seit Jahren angewendet. Sie funktioniert für Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Mitgliedern und anderen Quadratmeterzahlen entsprechend, es geht immer um 5 qm mehr oder weniger.

Hier zeigt sich das Problem: Allein die 50 qm hat das Bundessozialgericht festgeschrieben, die 4,83 Euro pro Quadratmeter nicht. Es sollen dabei übrigens 4,83 Euro den Quadratmetermietpreis für 45-qm-Wohnungen im unteren Drittel des Essener Mietspiegels darstellen. Ob die Stadt diesen Betrag nun auch auf 50-qm-Wohnungen anwendet oder versucht ihn herunter zu rechnen, wird sich zeigen. Den Vorteil für die Betroffenen aber wieder ganz verschwinden zu lassen, dürfte der Stadt schwer fallen. Dies bedeutet: Es werden mehr als 217,50 Euro, aber ob es wirklich 241,50 Euro werden, müsste dann weiter geprüft werden.

Für Betroffene heißt das: Sie sollten Bescheide, in denen nur die „angemessene“ Miete mit alten Zahlen (217,50 Euro bei Einzelperson; 282,75 Euro bei zwei Personen; 348 Euro bei drei Personen usw.) übernommen wird, rechtzeitig innerhalb der einmonatigen Widerspruchsfrist angreifen, denn Ihnen dürfte mehr Geld zustehen. Bei Einzelpersonen, im Idealfall, 24 Euro jeden Monat.

Bei der Einlegung des Widerspruches sind



Carsten Dams

Ihnen die verschiedenen Essener Beratungsstellen und der Autor dieses Artikels gerne behilflich. Kosten entstehen Ihnen nicht. Zur Beratung bringen Sie bitte unbedingt die jeweiligen Hartz4-Bewilligungs-/Änderungsbescheide mit. Man erwartet von Ihnen, dass Sie mit 374 Euro im Monat oder weniger leben können, verschenken Sie nichts davon!

*Der Verfasser ist Rechtsanwalt mit Tätigkeitsschwerpunkt Sozialrecht in Essen-Steele. Er berät zweimal wöchentlich in den Beratungen in Steele und Innenstadt für die BG45 (www.bg45.de).
Internet: www.rechtsanwalt-essen.info; Termine: 0201 - 5147472.

Was tun bei Räumungsklagen?

Interview mit Siw Mammitzsch, Geschäftsführerin der Mietergemeinschaft Essen e.V.

Laut Berichterstattung der Presse haben wir in NRW aktuell einen Anstieg bei Räumungsklagen zu verzeichnen. Wie stellt sich aus Eurer Sicht die Situation in Essen dar?

Siw Mammitzsch: Laut Presse stiegen die Räumungsklagen gegen säumige Mieter im vergangenen Jahr um 273 auf 2792. Die Beratungen bezüglich solcher Räumungsklagen steigen zwar leicht, aber viele finden den Weg zu uns nicht. Was wir merken ist, dass die Problemlagen der Menschen größer und vielfältiger werden – oft dann, wenn das Geld nicht mehr reicht. Leider wissen viele nicht, wo sie Hilfe bekommen. Dabei beschränken wir uns in solchen Fällen nicht auf die reine Mietrechtsberatung, sondern vermitteln an die zuständigen Stellen. Wir nehmen bei drohendem Wohnungsverlust sofort Kontakt zur städtischen Fachstelle auf.

Was sind die Hauptursachen für Räumungsklagen, wodurch kommen MieterInnen in diese Situation und wie kann dies frühzeitig vermieden werden?

Siw Mammitzsch: Schwierig wird es immer dann, wenn plötzlich weniger Haushaltseinkommen zur Verfügung steht. Das ist oft der Fall nach einer Trennung oder bei Verlust des Arbeitsplatzes.

Wirklich frühzeitig vermeiden kann man eine Räumungsklage nur dann, wenn man die Miete immer zahlt. Wird die Wohnung plötzlich zu teuer, muss man sich Hilfe organisieren. Ganz wichtig: den Kopf vor lauter Schulden nicht in den Sand zu stecken. Leider sind die Ämter nicht immer so auskunftswillig, wie wir uns das wünschen. Dann darf man erst recht den Mut nicht verlieren. Wir wissen aber, dass viele Menschen durch das hin und her zwischen den Ämtern irgendwann resignieren.



Welche Empfehlungen könnt Ihr MieterInnen geben, die bereits eine Räumungsklage bekommen haben – gibt es noch Handlungsspielräume?

Siw Mammitzsch: Eine Räumungsklage kommt nicht von heute auf morgen. Es gibt außerdem verschiedene Gründe für eine solche Klage, z.B. wegen Eigenbedarf, wegen Ruhestörung oder eben in der Mehrheit wegen Mietschulden. Bei Mietschulden kann man die Räumungsklage nur durch Zahlung der kompletten Schuld vermeiden.

Wichtig ist der Weg zu uns, denn es gibt meistens rechtliche Möglichkeiten. Die reichen von der Verlängerung der Frist einer Räumung bis zur Abwendung derselben. Das Amt für Soziales und Wohnen kommt immer dann auf, wenn Wohnungslosigkeit droht, also z.B. im Falle einer fristlosen Kündigung oder aber der Räumungsklage. Das ist aber kein Geschenk, diese Zahlung wird zurück gefordert. Erhält der Mieter eine Räumungsaufforde-

rung durch das Amtsgericht, dann ist oft nichts mehr zu machen. Solange sollte man auf keinen Fall warten.

Danke für das Interview!

Die Mietergemeinschaft Essen e.V. ist ein Mieterverein des Deutschen Mieterbundes. Gegründet hat sie sich aus der Bewegung gegen den Verkauf des Allbau. Diesen politischen Anspruch verfolgt sie bis heute. Die Mietergemeinschaft berät also nicht nur, sondern bringt sich ein bei der Landesregierung, bei der Stadt Essen und führt Gespräche mit Wohnungsunternehmen. Sie unterstützt darüber hinaus Mieterinitiativen bei ihren Aktivitäten.

Kontakt und Beratungszeiten:

Herwarthstraße 42, 45138 Essen,
Tel. 201 - 7491920,
E-Mail: info@mietergemeinschaft.com
Beratung von Mo - Fr 9.00 bis 13.00 Uhr
und Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Offene Hartz4-Beratungen

jeden Montag, 9.00 – 11.00 Uhr
Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b (Eingang über Martin-Luther-Straße), ALTENDORF

jeden Montag, 9.30 – 12.30 Uhr
Geschäftsstelle Ratsfraktion DIE LINKE, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Dienstag, 10.00 – 12.00 Uhr
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, ALTENESSEN

jeden Donnerstag, 9.00 – 12.00 Uhr
Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, KATERNBERG

jeden Donnerstag, 16.00 – 18.00 Uhr
Büro DIE LINKE, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Freitag, 9.00 – 11.00 Uhr
Sozialpädagogische Familienhilfe (SoFa), Rechtstraße 7-9 (Fußgängerzone), BORBECK

jeden Freitag, 9.00 – 12.00 Uhr
Ev. Gemeindezentrum Königssteele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, STEELE

HINWEIS: Bitte beachten Sie, dass innerhalb der Ferien einzelne Termine ausfallen können. Aktuelle Infos finden auf www.bg45.de

Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen!

Aktuelle Kolumne von MdB Ulla Lötzer

Gerade gab General Motors bekannt, wesentliche Teile der Opel-Produktion von Rüsselsheim nach England zu verlagern. Die Unternehmensleitung hatte sich dort mit der Belegschaft auf Gehaltskürzungen und Leiharbeit geeinigt. Lupenreines Lohn- und Sozialdumping innerhalb der EU also. Wirtschaftsminister Rösler lies von seiner Sprecherin verkünden: „Das ist eine unternehmerische Entscheidung, die wir grundsätzlich nicht kommentieren“. Und in Bochum müssen die Opel-Kollegen um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

Da ist sie wieder, die unternehmerische Freiheit als oberste Maxime liberaler Wirtschaftspolitik. Damit schlägt man den Betroffenen in Krisenunternehmen offen ins Gesicht, statt gemeinsam mit ihnen nach Wegen aus der Krise zu suchen. Damit setzt man auf brutale Marktberaumung, statt Beschäftigung zu sichern. Damit zerstört man den europäischen Binnenmarkt.

Wir haben das systematische Wegschau- en bei Opel schon vor zwei Jahren erlebt, als Minister Brüderle eine Bürgschaft blockierte. Wir erleben das bei Schlecker, wo Minister Rösler die Transfergesellschaft platzen ließ. Wir erleben das bei der Solar- industrie, wo die radikalen Kürzungen bei der Solarförderung 100.000 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze fürchten lassen. Hier werden aber von der Bundesregierung nicht einfach nur kriselnde Unternehmen auf dem Altar der freien Marktwirtschaft geopfert. Nein, die Bundesregierung duckt sich weg vor der Herkulesaufgabe, den Umbau der deutschen Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit anzupacken.

Wir haben das systematische Wegschau bei Opel schon vor zwei Jahren erlebt

Viele Beispiele lassen sich anführen: die Energiewende, neue Mobilitätskonzepte, die Abkehr von Kohle und Öl, energieeffiziente Produktion oder das Recycling von seltenen Erden, die Entwicklung langlebiger Elektrogeräte und so weiter. All diese Umbaufelder versprechen eigentlich zukunftssichere Arbeitsplätze. Sie wären die logische Antwort auf steigende Energie- und Rohstoffpreise und ein Beitrag zur Lösung der Umweltkrise. Aber sie werden dem kurzfristigen Profitdenken geopfert, weil Industriepolitik und Umbau zu Teufelszeug erklärt werden.



Ulla Lötzer im Gespräch mit dem DGB-Regionsvorsitzenden Dieter Hillebrand bei der Eröffnung des neuen Essener DGB-Hauses in der Teichstr. 4

Diese ordnungspolitische Verweigerung im eigenen Land wird durch den Merkelschen Fiskalpaktwahn verschärft, der durch brutale Sparmaßnahmen die Wirtschaft der europäischen Nachbarn in den Abgrund reißt, die Armut verschärft und die Schulden weiter explodieren lassen wird. Der Binnenmarkt ist funktionsunfähig geworden, die deutschen Exporte in die EU sind auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken. Geht diese Entwicklung so weiter, zahlen die Beschäftigten als erstes die Zeche: Ihnen drohen Massenentlassungen, sie werden in Leiharbeit gezwungen, und sie werden um ihre Mitbestimmungsrechte gebracht. Qualifikationen, Innovationen und Investitionen liegen brach. Gesunde mittelständische Unternehmen werden noch mehr von der Finanzierung durch Heuschrecken abhängig. Die Herausforderungen sind riesig, gleichzeitig wird die Liste der Projekte, bei denen die Bundesregierung versagt, blockiert oder halbherzig agiert, immer länger: Der Strukturwandel der Automobilindustrie

wird gemeinsam mit den Unternehmensverbänden auf die Einführung von ein paar Elektroautos verkürzt. Windkraft stößt auf Proteste der lokalen Bevölkerung. Die Stahlindustrie wird mit schwankenden Rohstoffpreisen allein gelassen. Ehrgeizige Ziele der EU-Kommission, um den Energieverbrauch und den CO2-Ausstoß zu reduzieren, oder strenge Verbrauchsvorgaben für Fahrzeuge, Ausbauziele für erneuerbare Energien, eine energetische Gebäudesanierung, die nicht einseitig auf Kosten der Mieter gehen darf, werden blockiert. Solaranlagenhersteller bräuchten eigentlich einen Innovationssprung, stabile Arbeitsplätze und Mitbestimmungsrechte. Aber nur 5,8 Prozent der Beschäftigten in der Solarindustrie gaben in einer Umfrage der IG Metall an, sie könnten von ihrem Verdienst gut leben. Bei den Leiharbeitnehmern sagen das sogar nur 3,7 Prozent. Und nur etwa jeder Zehnte hat bei der Einstellung einen festen Vertrag erhalten. Diese Arbeitsbedingungen sind nicht nur sozial ungerecht, sondern sie erzeugen auch das Gegenteil eines innovationsfreundlichen Umfelds.

Alternativen gäbe es also genug. Die Politik muss dazu aber die Richtung für den sozial-ökologischen Umbau vorgeben, sie muss Krisenbranchen und ihre Problemlagen identifizieren, Zukunftsideen entwickeln, und zwar gemeinsam mit gesellschaftlichen Kräften wie den Umweltverbänden und Gewerkschaften. Aber all das wird nur gelingen, wenn wir den europäischen Sparwahnsinn stoppen. Wenn wir auch auf nationaler und europäischer Ebene die zukünftigen Herausforderungen annehmen und den Verkehr, die Energieerzeugung, die industrielle Produktion und die Landwirtschaft grundsätzlich umgestalten. DIE LINKE wird dazu noch vor der Sommerpause Vorschläge auf den Tisch legen und einen Diskussionsprozess eröffnen, der zeigen soll, dass wir es ernst meinen mit dem sozial-ökologischen Umbau.

Die LINKEN Alternativen stellen wir mit dem „PLAN B - Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“ im Internet zur Diskussion:

<http://www.plan-b-mitmachen.de/>

Kurznachrichten aus dem Parlament:

Energiewende: Strompreis-Explosion stoppen!

Ein Plan für die Energiewende hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht, dafür aber stets ein offenes Ohr für die Konzerne und ihre Lobbyisten. Beides kommt uns als Stromverbraucher teuer zu stehen.

So wird bei den Planungen zum Netzausbau gar nicht erst geprüft, ob teure Stromautobahnen durch dezentrale Erzeugung und Speicherung überflüssig gemacht werden können. Denn die privaten Netzbetreiber wollen an den Anschlüssen verdienen, die die Konzerne brauchen, um ihre Großanlagen ans Netz zu bringen.

Dieses Nebeneinander von unvollständigen Planungen und vollständiger Durchsetzung von Konzernlobbys treibt den Strompreis in die Höhe - und nicht der angeblich teure Ökostrom. Mit einer demokratisch kontrollierten Strompreisaufsicht und mehr direkten Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hand will DIE LINKE gegensteuern: „Vor allem aber müssen die Stromtarife generell sozial gerecht gestaltet werden. Wer wenig Energie verbraucht, zahlt weniger, wer Energie verschwendet, zahlt mehr, um seiner Verantwortung gerecht zu werden“, fordert die energiepolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Dorothee Menzner.

EU-Bürgerbegehren: „Wasser ist ein Menschenrecht!“

Die EU-Kommission will mit einer neuen Richtlinie für die Vergabe von Konzessionen öffentliche Dienstleistungen stärker dem wirtschaftlichen Wettbewerb aussetzen. Doch wenn die Privatwirtschaft bei Trinkwasser, Müll und Verkehrswegebau mitmischet, drohen den VerbraucherInnen höhere Kosten bei geringerer Qualität. Gleichzeitig geraten die Arbeitsbedingungen unter Druck, und die Kommunen verlieren weitere Zuständigkeiten.

DIE LINKE hat sich im Bundestag eindeutig gegen die drohende Öffnung der Trinkwasserversorgung für das Renditestreben privater Konzerne ausgesprochen. Auch die Europäischen Dienstleistungsgewerkschaften halten dagegen: Mit dem ersten europäischen Bürgerbegehren „Wasser ist ein Menschenrecht“ wollen Sie die Pläne der Kommission stoppen. Über Ziele und Möglichkeiten zur Unterstützung informiert die Internetseite: www.right2water.eu/de

Linke im Bundestag deckt auf:

Leiharbeit jetzt schon im Kindergarten

Eine kleine Anfrage der LINKEN im Bundestag brachte es ans Licht: Von 2009 bis 2011 stieg die Zahl der bei Leiharbeitsfirmen angestellten pädagogischen Fachkräfte in NRW um 41,55% von 1.131 auf 1.601.

„Kinder brauchen feste Bezugspersonen, Eltern feste Ansprechpartnerinnen und -partner. Wie sich dies mit dem Einsatz von Leiharbeitskräften vereinbaren soll, ist mir unbegreiflich. Die Gier der Leiharbeitsbranche nach Profit muss in die Schranken gewiesen werden“, empört sich Matthias W. Birkwald, Bundestagsabgeordneter aus Köln und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, über diese skandalöse Entwicklung. DIE LINKE fordert die Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit. Die Unternehmen müssen verpflichtet werden, die Leiharbeitskräfte zu den gleichen Bedingungen wie die Stammbeschäftigten zu übernehmen.

Alfried-Krupp-Krankenhaus:

Solidarisch gegen Tarifflicht und Lohndumping:

Mit einer ‚aktiven Mittagspause‘ protestierten am 4. Juni gut 100 Beschäftigte des Alfried-Krupp-Krankenhauses in Rüttenscheid gegen die drohende Ausgliederung der Krankenhausküche.

Ohne vorherige Gespräche mit dem Betriebsrat waren zuvor, völlig überraschend mit dem Einbau neuer Kassen, die Beschäftigten vom Küchenteam freigestellt worden. Den bei einer Tochterfirma der Krupp-Stiftung angestellten Spülkräften wurde gleich betriebsbedingt gekündigt.

Offensichtlich will die Krupp-Stiftung mit einer Fremdvergabe der Küchenarbeiten die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes umgehen und so den Kostenwettbewerb im Gesundheitswesen auf dem Rücken der ohnehin wenig verdienenden überwiegend weiblichen Beschäftigten austragen. Ulla Lötzer hat sich mit den Protesten der



Beschäftigten, des Betriebsrates und ihrer Gewerkschaft ver.di solidarisiert:

„Dass langjährig Beschäftigte mit der überfallartigen Verteilung betriebsbeding-

ter Kündigungen ‚entsorgt‘ werden wie ein alter Kühlschrank, ist menschenverachtend und mit den Grundregeln einer sozialen Demokratie nicht zu vereinbaren. Das gilt auch für die Art und Weise, wie der Betriebsrat dabei offensichtlich übergangen worden ist. (...) Dieses Vorgehen erinnert stark an die aufgrund des Widerstandes der Beschäftigten, ihres Betriebsrates und ihrer Gewerkschaft ver.di mit Unterstützung der damaligen Landtagsfraktion DIE LINKE.NRW im vergangenen Jahr endlich abgeschaffte Leiharbeitsstochter PSG am Uni-Klinikum. Eine solche Aufspaltung in Beschäftigte erster und zweiter Klasse, mit der Menschen zu bloßen Kostenfaktoren abgewertet werden, ist mit den Grundwerten einer sozialen Demokratie nicht zu vereinbaren, und hat erst recht im Gesundheitswesen nichts zu suchen“, sind die Kernaussagen ihrer Solidaritätsadresse. Solidarisch mit den Krupp-Beschäftigten

erklärten sich auch die Kolleginnen und Kollegen vom Uni-Klinikum. Sie warnten davor, dass unter den Bedingungen des Kostenwettbewerbs im Gesundheitswesen auch an anderen Kliniken das Management zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen entsprechende Verschlechterungen verlangt, wenn sich die Krupp-Stiftung mit ihren Ausgliederungsplänen durchsetzt. Solche Alleingänge des Arbeitgebers im Stil seines Namenspatrons aus Kaisers Zeiten haben am Krupp-Krankenhaus leider Tradition: So wurde 2006 in einer bundesweit einmaligen Nacht- und Nebelaktion versucht, als weltliches Krankenhaus mit dem Beitritt zum Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland Betriebsrat und Betriebsverfassungsgesetz auszuhebeln. Nach drei Jahren juristischer Auseinandersetzung hat das Landesarbeitsgericht diesem Versuch der Tarifflicht eine klare Absage erteilt.

Am 16. Juni 2007 gründete sich in Berlin die Partei DIE LINKE aus den Quellparteien Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). Innerhalb von zwei Jahren entstand aus zwei Parteien mit unterschiedlichem Hintergrund, aber identischen Zielen eine gesamtdeutsche linke Alternative. Ein geschichtlicher Rückblick von Ralf Fischer.

Nach dem Anschluss der „neuen Bundesländer“ war die Linke in Deutschland ziemlich am Boden. Die SPD stand bei der ersten gesamtdeutschen Wahl am 02.12.1990 auf verlorenem Posten. Mitten im Einheitsdusel ließen sich nur Wenige vom SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine die Kosten der Einheit wahrheitsgemäß vorrechnen. Auch Rot-Grün im Bund mit einer von Flügelkämpfen durchzogenen Grünen Partei hatte sich erledigt. Nach ihrem Parteitagsbeschluss für einen Benzinpreis von 5,00 D-Mark (heute 2,56 Euro) pro Liter flogen die Grünen mit 3,9% der Stimmen aus dem Bundestag. Allein aufgrund des nach Ost und West getrennten Wahlrechts konnte das ostdeutsche Bündnis 90 mit 1,5% der Stimmen acht Mandate erringen. Die aus der SED hervor gegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) hatte noch nicht Fuß gefasst und stieß auf zu viele Vorbehalte, um dieser Entwicklung viel entgegen setzen zu können, war aber groß genug, um mit 2,4% bzw. 17 Mandaten in den Bundestag einzuziehen. Andere Gruppen blieben bedeutungslos.

Helmut Kohl, der 1989 in Westdeutschland schon abgewirtschaftet zu haben schien, durfte noch acht lange Jahre weiter regieren. Außenpolitisch war dies die Zeit der Durchsetzung des Weltherrschaftsanspruchs des so genannten „freien Westens“, der die NATO nach Osten ausdehnte und immer öfter seine Soldaten in alle Welt schickte. Der erste Militäreinsatz fand 1990 gegen den Irak statt; hier hielt Deutschland sich noch zurück. Innenpolitisch griff die neoliberale Ideologie um sich, aber in der Praxis herrschte viel Stagnation. Nicht grundlos wurde „Reformstau“ das Wort des Jahres 1997.

Der Unmut in der Bevölkerung über 16 Jahre Helmut Kohl verschaffte sich in der Bundestagswahl am 27.09.1998 Luft: Eine rot-grüne Regierung wurde gewählt. Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler und Oskar Lafontaine, zu diesem Zeitpunkt SPD-Vorsitzender, wurde Finanzminister. Doch nach ersten richtigen Schritten in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (erinnert sei an die nur ein Jahr lang geltende Sozialversicherungspflicht auch für geringfügige Beschäftigten), wurden alle Hoffnungen auf weitere Reformen enttäuscht. Lafontaine trat von allen Ämtern zurück, um ein Buch zu schreiben („Das Herz schlägt links“, Econ-Verlag 1999), das die Linke später noch bewegen würde.

Ende 1999 schickte ausgerechnet Rot-Grün unter Bruch mit allen Programmen und Wahlversprechen erstmals nach dem zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten ins Gefecht, um an der Zerschlagung Jugoslawiens teilzunehmen. Von Deutschen angeforderte Bomben auf Novi Sad lieferten dasselbe Bild wie elf Jahre später das afghanische Kundus. Auch die Lügen von der „humanitären Hilfe“ sind nach Tausenden von Toten immer noch die gleichen. Dazu kam die Kehrtwende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Körperschaftsteuer wurde auf einen Tiefstand gesenkt, der Verkauf von Beteiligungen steuerfrei gestellt. Hedgefonds und ein ausgedehnter Derivatehandel wurden zugelassen, so dass die Großkonzerne und Banken sich dumm und dämlich verdienten – der erste große Treibsatz für die aktuelle Finanzkrise.

Schließlich wurde in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aufgeräumt. Nachdem Schröder schon zuvor Erwerbslose pauschal als „Faulenzer“ beschimpft hatte, trat unter aktiver Tatbeteiligung der Grünen am 01.01.2005 die vierte Stufe der Arbeitsmarktreformen eines gewissen VW-Vorstands namens Peter Hartz (daher die Bezeichnung Hartz IV) in Kraft. Seither



Fotos: Ralf Fischer

Wie alles begann

5 Jahre DIE LINKE

verliert, wer länger als ein Jahr erwerbslos ist, praktisch alles, nämlich neben der finanziellen Absicherung auch noch die Lebensperspektive. Ein dramatischer politischer und moralischer Tiefpunkt einer Partei, die es auch heute noch wagt, sich „sozialdemokratisch“ zu nennen.

Die Bedingungen für linke Politik hatten sich damit drastisch verändert. Die Schaffung einer gesamtdeutschen, in breiteren Teilen der Bevölkerung verankerten, Partei links von der Sozialdemokratie stand auf der historischen Tagesordnung. Tausende Unzufriedene verließen die SPD, ein Teil von ihnen gründete am 22.01.2005 in Göttingen die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“.

In der Zwischenzeit hatte sich die ostdeutsch geprägte PDS konsolidiert und war auch im Westen etwas voran gekommen. Von besonderer Bedeutung war die Beteiligung der PDS NRW an der Klage gegen die 5%-Klausel bei Kommunalwahlen. Nachdem diese gefallen war, gelangte die Partei in einige Stadt- und Gemeinderäte; auch in Essen zogen 1999 zwei Ratsleute ein. Doch bei der Bundestagswahl am 22.09.2002 folgte der Schock: Die PDS flog mit 4,0% raus, nur zwei Abgeordnete

wurden direkt gewählt. Ursache war die Lagerbildung zwischen CDU/CSU/FDP und SPD/Grünen, die noch lange am Wahlabend fast gleichauf lagen, bevor Rot-Grün sich knapp durchsetzte. Viele hatten sich entschieden, als kleineres Übel SPD oder Grün zu wählen statt PDS, damit nur ja nicht Edmund Stoiber (CSU) Kanzler würde. Das Ergebnis war ein klares Signal, dass die Möglichkeiten der PDS in Westdeutschland – und damit letztlich in ganz Deutschland – ausgereizt waren.

Kein Wunder, dass unmittelbar nach Gründung der WASG die Gespräche der beiden Parteiführungen über eine Zusammenarbeit ihren Anfang nahmen. Der entscheidende Wendepunkt war die Landtagswahl NRW vom 22.05.2005. Die SPD erzielte in ihrem Stammland mit 37,1% das bis dahin schlechteste Ergebnis ihrer NRW-Geschichte. Nach 39 Jahren konnten CDU/FDP an Rhein, Ruhr und Lippe nun die Regierung Rüttgers bilden. PDS und WASG waren getrennt zur Wahl marschiert. Während die WASG mit 2,2% immerhin einen ordentlichen Start hinlegte, erreichte die PDS im fünfzehnten Jahr ihres Bestehens gerade einmal 0,9% – eine Partei in der Sackgasse.

Durch die NRW-Wahl hatte Rot-Grün die Mehrheit im Bundesrat verloren. Kanzler Schröder stellte im Bundestag am 01.07.2005 die Vertrauensfrage, die er er-



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

wartungsgemäß verlor. Für den 18.09.2005 wurden vorgezogene Bundestagswahlen anberaumt. Entweder WASG und PDS würden sich verständigen, oder sie würden erneut getrennt antreten und scheitern. Oskar Lafontaine schließlich zündete den Fusions-Reaktor: Mit einem Paukenschlag kehrte er aus dem politischen Ruhestand zurück, gab am 30.05.2005 sein SPD-Parteibuch ab, stellte am 10.06.2005 gemeinsam mit Gregor Gysi die Kandidatur für ein Bündnis von WASG und PDS vor und trat am 18.06.2005 in die WASG ein.

Am 17.06.2005 erklärten die Parteispitzen von WASG und PDS gemeinsam, ihren Parteien unter dem Titel „Es gibt Alternativen! Für Arbeit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie! Gegen den neoliberalen Zeitgeist“ einen Vereinigungsprozess vorzuschlagen. Da die Gründung einer neuen Partei vor der Bundestagswahl nicht mehr möglich war, wurden die Wahllisten der PDS für WASG-Mitglieder geöffnet, um eine gemeinsame Kandidatur zu erreichen. Die WASG führte im Juli 2005 eine Urabstimmung hierüber durch, 81,8% stimmten zu. Am 17.07.2005 beschloss ein außerordentlicher Parteitag der PDS die Parteineubildung und änderte ihren Namen in „Linkspartei.PDS“.

Die Bundestagswahl am 18.09.2005 erbrachte 8,7% der Stimmen für das Wahlbündnis, das in Fraktionsstärke in den Bundestag einzog. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine wurden Fraktionsvorsitzende. Am 06.12.2005 wurde ein Kooperations-

abkommen vereinbart, das konkurrierende Wahlen ausschloss. Der Bundestag der Linkspartei.PDS vom 10./11.12.2005 bestätigte die Kooperation und ermöglichte die Doppelmitgliedschaft in beiden Parteien. Es wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die die Gründungsdokumente vorbereiten und die juristischen Einzelheiten der Fusion klären sollten. Es folgten etliche Konferenzen in allen Landesteilen; nach und nach gingen auch die Kreisverbände zu gemeinsamen Mitgliederversammlungen über.

Am 24./25.03.2007 beschlossen in der Dortmunder Westfalenhalle die parallel tagenden Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG nach zweitägiger Debatte die Gründung der neuen Partei. Im Mai wurde dies in Urabstimmungen der Linkspartei.PDS mit 96,9% und der WASG mit 83,9% bestätigt. Damit war der Weg frei für DIE LINKE, die am 16.07.2007 im Estrel Conference Center in Berlin gegründet wurde. Die Einzelheiten der Fusion sind auf der Internetseite der Partei DIE LINKE unter dem Stichwort „Geschichte“ nachzulesen. Nur soviel: Es folgte seit 2006 von Wahl zu Wahl eine Stärkung der Partei, die bis 2009 anhielt, weil die Fusion Hoffnungen weckte und neue Kräfte in Ost und West mobilisierte.

Doch seit 2010 ist es mit diesem Aufschwung der LINKEN erstmal vorbei. 2011 scheiterte in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg der Einzug in die Landesparlamente. 2012 flog DIE LINKE in Schleswig-Holstein und zuletzt auch bei uns in NRW aus dem Landtag. Während die Regierung Merkel das Land mehr schlecht als recht verwaltet, hat die SPD in der Oppositionszeit wieder den nötigen Spielraum bekommen, linke Stimmen an sich zu binden. Doch aus Erfahrung wissen wir: Mit der SPD wird es weder den dringenden nötigen allgemeinen Mindestlohn, noch die Abschaffung von Hartz IV, noch einen Abzug der Bundeswehr aus anderen Ländern geben. Ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl wird wieder viel versprechen, aber wenig halten.

Für Menschen, die eine wirklich fortschrittliche Politik wollen, hat sich tatsächlich wenig geändert. DIE LINKE ist die einzige Kraft im Bundestag, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden einsetzt. Sie hat heute rund 68.000 Mitglieder, die in 16 Landesverbänden und ca. 350 Kreisverbänden organisiert sind. DIE LINKE stellt derzeit acht Abgeordnete im Europäischen Parlament, 76 Bundestagsabgeordnete und zahlreiche kommunalpolitische Vertreterinnen und Vertreter – so auch im Rat der Stadt Essen.



3. Bundesparteitag vor schwierigen Aufgaben

Der Reparaturbetrieb von Göttingen

Um DIE LINKE steht es nicht zum Besten. Während die europäische Krise voranschreitet und fortschrittliche Antworten eigentlich auf der Tagesordnung stehen, droht die Partei sich zu zerlegen. Konnte der Göttinger Parteitag diese Probleme lösen?

Ein Bericht von Ralf Fischer.

Eine sinnlose Kommunismus-Debatte, verlorene Wahlen in vier westdeutschen Bundesländern 2011 und 2012, sich öffentlich streitendes Führungspersonal – all dies dokumentiert das vorläufige Ende des politischen Aufschwungs der LINKEN. Wie die Partei damit umzugehen solle, diese Frage fachte den innerparteilichen Streit um Konzepte und Köpfe erst richtig an. Kräftig angefeuert natürlich von der bürgerlichen Presse, die nichts lieber kolportierte als eine Linkspartei am Rande der Spaltung.

Symbolisch gut gewählt schien da wenigstens der Tagungsort. Die bis zu 557 Delegierten trafen sich am 02./03.06.2012 im Veranstaltungszentrum „Lokhalle“ am Göttinger Hauptbahnhof, einst ein Reparaturwerk für Lokomotiven. Da fuhren die Loks kaputt hinein und kamen repariert oder „zumindest wieder fahrtüchtig“ (Neues Deutschland) heraus. Von Göttingen sollte jedenfalls, so der niedersächsische Landesvorsitzende Manfred Sohn in seiner Eröffnung, ein klares Signal ausgehen: „DIE LINKE ist unkaputtbar!“

Mit dem politischen Leitansatz unter dem Motto „Solidarisch, ökologisch, gerecht, emanzipatorisch, demokratisch, friedlich – hier und in Europa“ sollten aktuelle Positionen und politische Schwerpunkte beschrieben werden. Eigene Fehler der letzten Jahre wurden darin nicht ausgespart, aber auch das Einigende betont: das Erfurter Parteiprogramm, das 2011 mit einer Mehrheit von 95% der Stimmen verabschiedet worden war. Umfangreiche Passagen hatte der Parteivorstand aus einem alternativen Leitansatz der „ostdeutschen Reformer“ übernommen, so dass dem Strömungsstreit doch etwas die Luft ausging. Schließlich erreichte der Leitansatz nach nur wenigen Änderungen eine Mehrheit mit über 90% der Stimmen. Das ist an der Krise der LINKEN vielleicht das Erstaunlichste: weitgehende programmatische Einigkeit bei gleichzeitig heftigstem Streit um kleinteilige Fragen.

Die einzig brisanten inhaltlichen Anträge kamen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV und betrafen die solidarische Mindestsicherung und die Mindestrente. Beide wurden mit klaren Mehrheiten von rund 65% der Delegierten auf jeweils 1.050,00 Euro monatlich festgelegt. Auch ich habe dies unterstützt, da es keinen Sinn gemacht hätte, sich auf eine wissenschaftlich herleitbare Armutrisikogrenze zu berufen, bei einem



konkreten Betrag dann aber uneindeutig zu werden oder niedrigere Beträge zu akzeptieren. Brisant ist dies deswegen, weil die Bundestagsfraktion erst in 2011 ein Konzept für eine Mindestrente von 900,00 Euro vorgelegt hatte und dieses nun überdenken muss. In ihrer Vorstellungsrede bedankte sich die spätere Parteivorsitzende Katja Kipping, Verfechterin des bedingungslosen Grundeinkommens, ausdrücklich für diesen Beschluss.

Womit wir bei den mit Spannung erwarteten Vorstandswahlen wären. Zuvor hatten der bisherige Parteivorsitzende Klaus Ernst, der Fraktionsvorsitzende im Bundestag Gregor Gysi und der saarländische Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine den versammelten Delegierten ins Gewissen geredet, die „Partei nicht zu verspielen“ und eine drohende Spaltung abzuwenden. Ob sie die Lage zu sehr dramatisierten oder noch zu schön redeten, da gehen die Meinungen auseinander. Sichtlich gab es vor allem zwischen Gregor und Oskar deutliche persönliche Spannungen vor dem Hintergrund der gescheiterten Vermittlungsversuche im Vorfeld des Parteitages.

Im ersten Wahlgang zu den beiden gleichberechtigten Vorsitzenden wurde dann MdB Katja Kipping (Sachsen) mit 67%

der Stimmen gegen Dora Heyenn (Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft) mit 29% gewählt. Im zweiten Wahlgang setzte sich der wenige Tage zuvor erst angetretene Gewerkschafter Bernd Riexinger (Baden-Württemberg) mit 53% knapp gegen MdB Dietmar Bartsch (Mecklenburg-Vorpommern) mit 45% der Stimmen durch. Wurde dies allgemein als „Sieg des Lafontaine-Lagers“ verstanden, so zeigte sich doch bei den weiteren Wahlen die Breite der Partei.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden vier weitere Bundestagsabgeordnete gewählt: Sahra Wagenknecht (NRW), die bisherige Bundesgeschäftsführerin Caren Lay (Sachsen), Axel Troost (Sachsen) und Jan van Aken (Hamburg). Matthias Höhn (bisheriger Fraktionsgeschäftsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt) wurde mit 81% der Stimmen neuer Bundesgeschäftsführer. Zum Bundesschatzmeister wurde MdB Raju Sharma (Schleswig-Holstein) mit 60% der Stimmen gegen Heinz Bierbaum (Saarland) mit 39% wiedergewählt.

Für den erweiterten Vorstand kandidierten dann noch 30 Genossinnen für 19 quotierte Plätze und 40 Genossen für 17 nicht quotierte Plätze, ein Wahlmarathon, der sich bis nachts um halb zwei Uhr hinzog und am zweiten Tag schon um acht Uhr morgens weiter ging. Auch aus diesen Wahlen ergab sich eine breite inhaltliche und regionale Verteilung.

Nordrhein-Westfalen ist im neuen Parteivorstand, gemessen an der Mitgliederzahl von über 8.000, jedoch untergewichtet. Einzig Wolfgang Zimmermann, der frühere Fraktionsvorsitzende im NRW-Landtag, erreichte mit 46% der Stimmen in der Listenwahl zum erweiterten Vorstand das drittbeste Ergebnis. Alle weiteren KandidInnen aus NRW erreichten nicht die erforderlichen Stimmen. Landessprecherin Katharina Schwabedissen, die zunächst gemeinsam mit Katja Kipping für eine weibliche Doppelspitze angetreten war, hatte in einer persönlichen Erklärung zu Beginn der Wahlgänge auf eine Kandidatur zum Parteivorsitz verzichtet. Anschließend war sie in zwei Wahlgängen zu den Stellvertreterposten unterlegen und zum erweiterten Vorstand nicht mehr angetreten.

In der Woche nach dem Parteitag veröffentlichten die neuen Parteivorsitzenden

ihr „120 Tage-Programm“. Organisatorisch wollen sie die Basis der Partei stärker in die Politikentwicklung einbeziehen und politisch die Euro-Krise in den Mittelpunkt stellen. Ob es gelingt, die unterschiedlichen Tendenzen in der Partei wirklich zu vereinen, werden wir erst in einiger Zeit beurteilen können. Der Wille dazu ist auf allen Seiten vorhanden; auch Dietmar Bartsch akzeptierte gegenüber der Presse die demokratischen Wahlergebnisse und

wies jegliche Spaltungsabsicht weit von sich. Der „Reparaturbetrieb von Göttingen“ hat die „Fahrtüchtigkeit“ einstweilen hergestellt.

Ralf Fischer ist einer von vier Parteitagsgesandten für den gemeinsamen Delegiertenwahlkreis der Kreisverbände Essen, Bottrop, Gelsenkirchen und Oberhausen. Alle Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse gibt's im Internet unter www.die-linke.de.

„DIE LINKE ist unkaputtbar!“

Mit Spannung erwartete Vorstandswahlen



„Auf Euren Erfolg hofft ganz Europa!“

Aus der Rede von Francisco Louçã, Vorsitzender des Linksblocks Portugal, auf dem Göttinger Parteitag

„(...) Drei wichtige Ereignisse haben die Landkarte Europas in den letzten Jahren verändert: der Zusammenschluss, der DIE LINKE in Deutschland hervorgerufen hat und bei dem viele AktivistInnen aus verschiedenen Generationen von KämpferInnen für den Sozialismus zusammengekommen sind, die Entstehung der Front de Gauche (Linksfront) in Frankreich und ihr beeindruckendes Ergebnis bei den französischen Präsidentschaftswahlen und ... die Herausforderung von SYRIZA in Griechenland zur Wahl einer vereinten linken Regierung gegen die Raubritter unserer Zeit: das Finanzkapital. Diese neuen Kräfte beweisen die Fähigkeit der europäischen Linken, direkt das

Zentrum der kapitalistischen Herrschaft ... in Europa herauszufordern: die Politik von Frau Merkel und ihrer Verbündeten. Ich glaube ... fest daran, dass dies entscheidend ist für die dringend notwendige Veränderung, bei der Schaffung echter Demokratie in Europa. (...) Liebe Genossinnen und Genossen der LINKEN, ihr könnt stolz darauf sein, die internationale Solidarität und die beste Tradition des Sozialismus immer bewahrt zu haben. Es ist heute genauso wahr wie immer: Wir sind alle Griechen. Griechen gegen Sparpolitik. Griechen gegen Arbeitslosigkeit. Griechen gegen imperiale Arroganz. Wir sind alle Griechen für Demokratie. (...) Liebe Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE, empfangt die wärmsten Grüße vom Linksblock Portugal und die besten Wünsche für euren Erfolg, auf den ganz Europa hofft.“

DIE LINKE in Essen



Am 11. August 2007 gründete sich im „Grend“ in Steele der Essener Kreisverband der neuen Partei. Derzeit hat er rund 320 Mitglieder. Der bisher größte Erfolg war die Kommunalwahl am 30. August 2009, bei der DIE LINKE 11.990 Stimmen bzw. 5,6% erreichte und mit fünf Ratsmitgliedern in den Rat der Stadt Essen sowie in alle neun Bezirksvertretungen einzog.

Mitgliederversammlungen auf Stadtebene finden im Regelfall am 2. Mittwoch im Monat statt, der Kreisvorstand tagt an jedem 1. und 3. Mittwoch. Derzeit bestehen vier Stadtteilgruppen: im Bezirk 2 (Rüttenscheid), im Bezirk 3 (Essen-West), im Bezirk 5 (Altenessen/Karnap/Vogelheim) und im Bezirk 7 (Steele/Kray). Im März 2012 gründete sich auf Initiative mehrerer junger Genossinnen die linksjugend [solid] neu, die sich nun jeden Donnerstag trifft. Seit 2011 gibt DIE LINKE Essen etwa alle zwei Monate den Essener Morgen heraus.

Mehr Informationen gibt es auf der Homepage unter www.dielinke-essen.de

Die Abschlussveranstaltung der Blockupy Aktionstage in FFM war eine bunte, kreative Demo im Bankenviertel.

Fotos©: Sylvia Schochow



„Sapere aude“

(Habe den Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen)

„...und wenn sie jetzt nicht sofort aufhören, hier ohne Genehmigung das deutsche Grundgesetz zu verteilen, nehmen wir sie fest!“

(Polizeidurchsage in Frankfurt)

Von Ernesto Klengel & Sylvia Schochow

Das Blockupy-Bündnis hatte europaweit zu Protesten am 19. Mai im Frankfurter Bankenviertel aufgerufen. Denn auch wenige Jahre nach Beginn der Krise hat sich an ihren Ursachen nichts geändert:

Zu Beginn der Krise wurden auf dem Immobilienmarkt der USA riesige, von Beschäftigten erarbeitete, Geldsummen verzoockt. Tausende Eigenheimbesitzer wurden obdachlos. Die Casinos an den Finanzmärkten bleiben jedoch geöffnet. Noch immer wird mit Wohnraum und Arbeitsplätzen spekuliert. Es folgte die sogenannte Bankenkrise. Finanzinstitute erhielten Milliarden Steuergelder. Um die Banken zu retten, verschuldeten sich Staaten. Heute leihen teils dieselben Banken den Staaten Geld – und machen so Milliardenprofite.

Die „Euro-Krise“ entstand auch, weil auf dem europäischen Markt verbindliche So-

Occupy – ein neuer Aufbruch

Von Anabel Juhol

Seit dem 15. Oktober 2011 gibt es in Düsseldorf das Occupy-Camp als lokale Anlaufstelle der Occupy-Bewegung. An diesem Tag fand dort die erste Demonstration mit 3.500 Teilnehmern zum Thema „Echte Demokratie jetzt“ statt. Der weltweite Protesttag war von der spanischen Bewegung der „Indignados“ (= Empörten) ausgerufen worden und von Menschen, die sich zuvor über Soziale Netzwerke wie Facebook kennengelernt hatten, organisiert worden. Inspiriert waren sie vom sogenannten „Spanischen Manifest“ und von Stéphane Hessels Streitschrift „Empört Euch“.

Als ein Ort der lebendigen Demokratie im öffentlichen Raum sollen im Camp wichtige Werte wie Mitbestimmung, Mitgefühl, Hierarchiefreiheit und Transparenz gelebt werden. Die Probleme des Alltags in sozialen Gruppen unter diesen Bedingungen machen dies immer wieder zu einer besonderen Herausforderung. Bis zu 20 Aktivisten leben inzwischen dauerhaft in den Zelten am Martin-Luther-Platz gegenüber des Justizministeriums – unweit von Börse, der Kö' und der BZB. Seither wurden von dort aus zahlreiche Demonstrationen, Aktionen, Flashmobs und Versammlungen organisiert.

Nun ist der Winter überstanden – ebenso einige Krisen, wie sie jede junge Bewegung durchmacht. Mit neuem Selbstbewusstsein und gestärkt durch die erfolgreichen Blockupy-Proteste in Frankfurt gehen die Aktivisten voller Elan in den Sommer und setzen diese in NRW fort: Vom 6.-9. Juni fanden unter dem Motto „Widerstand gegen das Spardiktat von Troika und Regierung! Für internationale Solidarität und die Demokratisierung aller Lebensbereiche“ die Aktionstage „Blockupy Düsseldorf“ statt.

Aktuell: Das Camp soll zum 31. Juli 2012 geräumt werden. Mehr Infos unter www.occupyduesseldorf.de

zialstandards fehlen. Lohndumping und Steuersenkungen für Reiche in Deutschland verschärfen die Ungleichheiten innerhalb Europas. Nun sollen aber soziale Einschnitte die Menschen in ganz Europa treffen!

Das Bündnis „Essen kriegt die Krise“ (siehe Info-Kasten) meint, dass soziale Verbesserungen nicht von allein eingeführt werden, sondern erkämpft werden müssen. Das Bündnis hat daher eine Busfahrt zu den Protesten nach Frankfurt organisiert. Über 50 Personen aus Essen fahren gemeinsam dorthin.

Eine Mitfahlerin hat ihren Tag protokolliert: **Punkt 6.55 Uhr: Strahlendes Wetter.** Ich werde abgeholt. Im Kofferraum sind Fahnen und Schilder, beschriftet mit Worten unserer Empörung.

7.20 Uhr: Ankunft am Bus. Wir bringen das Banner „Essen kriegt die Krise“ gut lesbar am Fenster des Busses an.

10.05 Uhr: Die Fahrt ist relaxed. Es werden letzte Infos verteilt und kreativ Schilder gestaltet.

11.10 Uhr: Ein Anruf beim Bochumer Bus bestätigt unsere Befürchtungen. „Wir sind angehalten worden. Sie haben uns einzeln gefilmt und einer Leibesvisitation unterzogen.“

11.15 Uhr: Unmut macht sich breit. Wir fürchten, dass man uns von der Demo fern halten will.

11.25 Uhr: Blaulicht. Die Polizei leitet unseren Bus von der Autobahn zum Messeparkplatz.

11.30 Uhr: Ansprache der Polizei. Wir müssen einzeln aussteigen und werden weggeführt. Durchsuchung meiner Foto-Tasche.



Danke für die Unterstützung! Die Polizei blockiert ja doch am besten...

11.35 Uhr: Ein Objektiv meiner Kamera erweckt Mistrauen. Ich fasse es nicht. „Nein, das ist kein Bauteil einer Bombe, damit macht man Fotos“, hätte ich nur zu gern gesagt. Die Polizistin wendet sich mir zu. „So, mal da an den Wagen stellen, Hände hoch und auf den Wagen legen“. Wie bitte. Ich bin doch kein Schwerverbrecher. Ich werde gründlich am ganzen Körper abgetastet.

11.40 Uhr: Fund einer Ski-Maske bei einem Mitreisenden. Der Aufenthalt verlängert sich um 20 Minuten.

12.15 Uhr: Wir erreichen den Hauptbahnhof. Die ersten Polizisten empfangen uns. Ein Schild von Attac weist den Weg in Richtung Auftaktkundgebung.

12.25 Uhr: Alle U-Bahneingänge sind gesperrt und durch Polizisten in Kampfmontur bewacht. Frankfurt hat sich selbst abgeriegelt.

Auf zum Baseler Platz. Da empfängt uns ein Sommer-Sonnen-Multikulti-Festival. Grandios, nur finden werden wir kaum Jemanden. Querbeet wehen Fahnen und Banner aller Gruppierungen über den gesamten Platz. DIE LINKE ist stark vertreten. „Griechische Nanas“, Puppenspieler und nackte Tatsachen werden uns abwechselnd geboten, während der Wind den Sound der Demo-Bühne schwach hinüberweht. Der Sound der neuen Protestkultur, wie schon in Heiligendamm, Stuttgart und Dresden. Hin und wieder ertönt tosender Beifall herüber, während die Volkküche Essen verteilt.

13.05 Uhr: Der Demozug setzt sich in Bewegung. Wir reißen uns bei einer Samba-Truppe ein, die gute Laune verbreitet. Der Auftakt bleibt entspannt. Wir rufen Parolen, winken Anwohnern zu – singen Lieder.

13.35 Uhr: Am Main. Die ersten Robocops – sie sehen wirklich so aus. In der prallen Mai-Sonne formieren sich Polizei-Gruppen, die durch ihr Auftreten, ein un-gutes Gefühl im Magen verbreiten, einschüchtern sollen. Kleine Gruppen von Clowns treten der uniformen Polizei-Maskierung gewohnt frech und bunt entgegen.

14.00 Uhr: Am Straßenrand. Mehr Polizisten in Kampfmontur. Unterhalb der Kai-mauer am Main formieren sich Hundertschaften. Alles ist grün und schwarz. Die Einsatzkräfte setzen sich in Bewegung. Wir wissen nicht, was es bedeutet. Nichts Gutes. Die Polizeitruppen ziehen zum Ende der Demo – zum sogenannten SCHWARZEN BLOCK.

14.20 Uhr: Polizei steht in den Nebenstraßen, wartet an jeder Ecke – der Zug wird auseinandergerissen. Lautwagensprecher klären uns auf. Die gepanzerten Einsatzkräfte haben „das Böse“ eingekesselt.

14.30 Uhr: Schwarz gekleidete junge Leute winken „bedrohlich“ mit Fahnen. Wir und ganz Frankfurt müssen vor der schwarzen Gefahr beschützt werden! Wir fragen uns: vor WELCHER?

15.20 Uhr: Durchsagen. Wir sind mindestens 20.000. Das hebt die Stimmung.

15.22 Die Spannung steigt, niemand weiß, was gerade passiert. Gerüchte. Es gibt Randalen – von welcher Seite auch immer. Falschalarm. Sie schaffen es nicht uns zu provozieren. Aber sie versuchen die Demo zu spalten.

15.50 Uhr: Zurück an der Spitze. Diese ist am Opernplatz angekommen, weiterhin skandierend „Hoch die internationale Solidarität“ und „A-Anti-Anticapitalista“.

16.30 Uhr: Etwa 500 sogenannte Autonome, werden von mindestens 1.000 Polizisten begleitet. Aufrufe, sich nicht provozieren zu lassen.

16.40 Uhr: Wir lassen uns nicht provozieren, weder von der Polizei noch von Bankfilialen, auch nicht von den Glastürmen der Deutschen Bank. Wir gehen vorbei.

17.05 Uhr: Auf der Abschlusskundgebung fordert Thomas Occupy u.a. den Rücktritt des Polizeipräsidenten.

Dank der Polizei haben wir es geschafft: Frankfurt war lahm gelegt worden! Wir haben moralisch gesiegt: friedlich, kreativ und zum Widerstand bereit – und wir werden immer mehr.

„Essen kriegt die Krise“

Das Bündnis „Essen kriegt die Krise“ sieht, dass auch die EssenerInnen von dieser falschen Kürzungspolitik betroffen sind. Ein Beispiel: Finanzzuweisungen an Kommunen wurden in den letzten Jahren gekürzt. Weil Staatszuschüsse an Banken flossen, fehle Geld für Bibliotheken, Schulen, Jugendzentren oder Schwimmbäder. Das Bündnis ruft daher dazu auf, gegen die Ungerechtigkeiten der Finanzkrise aktiv zu werden.

Das Bündnis hat an den Aktionen zu Blockupy in Frankfurt teilgenommen und in Essen mobilisiert, etwa mit einer Aktion „Rettungsschirme für Menschen statt Profite“ in der Essener Innenstadt. In der kommenden Zeit wird auch Bildungsarbeit eine Rolle spielen. Das Bündnis freut sich über InteressentInnen:

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/EssenKriegtDieKrise/>
Kontakt: ernesto.klengel@googlemail.com und vincent.knopp@falken-essen.de

Essen-Heidhausen im Jahr 2020 – sieht so die Zukunft der Ruhrhöhen aus?“

Foto: Jörg Bütefür



Fracking: Gefährlicher Einfluss ...

Von Ingrid Remmers

Dass die fossilen Energieträger endlich sind, ist keine besonders neue Erkenntnis. Wen wundert es also, dass die Erdgasproduzenten angesichts sinkender Förderraten nun auch schwer zugängliche Erdgasvorkommen ins Auge fassen. Die Technik, die dabei zum Einsatz kommen soll, hat es jedoch in sich: Fracking birgt immense Gefahren für Mensch und Umwelt. Der zu erzielende Nutzen der Technik bleibt fraglich.



Ingrid Remmers ist Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE.

Weltweit kam es bereits im Zusammenhang mit der Förderung von Erdgas mittels Fracking zu zahlreichen Unfällen. Explosionen, Erdstöße und die Vergiftung von Trinkwasser wurden dokumentiert. Hinzu kommt, dass die Technik, die bislang unerschlossene Erdgasvorkommen in die Reichweite der Rohstoffindustrie verschiebt, durch einen hohen Flächenverbrauch, Lärm und immense Verkehrsaufkommen gekennzeichnet ist. Demgegenüber stehen die hohen Erwartungen, die an das Fracking geknüpft werden. Unternehmen wie zum Beispiel Wintershall oder ExxonMobil rechnen mit gigantischen Vorkommen. Sie beteuern die Risiken hierzulande in den Griff zu

Auch radioaktive Substanzen können austreten.

bekommen und stellen in Aussicht, dass Deutschland in Zukunft unabhängiger von Erdgasimporten werden könne. Und der Bedarf an Erdgas werde durch die (leider nur halbherzig angegangene) Energiewende weiter steigen, betonen die Vertreter der Agenda-Parteien. Schließlich sei Erdgas der sauberste unter den fossilen Energieträgern, und die Regenerativen könnten den Bedarf noch nicht decken. Man könne also nur schwerlich auf das Fracking-Gas verzichten. Das Problem ist nur: Man kann Erdgas aus konventionellen Lagerstätten nicht mit jenem aus unkonventionellen vergleichen. Eine amerikanische Studie kam sogar zu dem Schluss, dass Fracking-Erdgas im Ver-

gleich mit der Kohle- und Erdölförderung klimaschädlicher ist! Grund dafür ist der hohe Energieeinsatz durch die aufwändigen Bohrungen, die hohen Arbeitsdrücke und die Bereitstellung von Millionen Litern Wasser.

Wasser übrigens, welches mit zum Teil hochgiftigen Chemikalien versetzt wird. Der Großteil dieses Wassers verbleibt nach einem „Frack“ in den Bohrungen. Für den Rest ist die Frage der Entsorgung noch nicht gelöst. Denn zu den zugesetzten Chemikalien kommen nun auch noch Belastungen durch die Lagerstätte. Das können Schwermetalle und radioaktive Substanzen sein.

In Niedersachsen, wo das Fracking bereits seit vielen Jahren angewandt wird, ist es in Söhligen bereits zur Kontamination von Ackerland durch derartiges Lagerstättenwasser gekommen. Schuld waren unzureichende PU-Rohrleitungen, durch die Benzol in die Umwelt gelangen konnte. Dass die Rohre ungeeignet für den Transport von Lagerstättenwasser waren, hätte man wissen können. Doch weder der Betreiber-gesellschaft, noch der zuständigen Genehmigungsbehörde war dies im Rahmen der Zulassung aufgefallen. Dabei wurde dort eigens eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Auf dem Weg zu dem übergeordneten Ziel der „Energiesicherheit“ Deutschlands, scheinen für die Fracking-Befürworter derartige Risiken aber tragbar. Dabei sollte man aber bedenken, dass man 200 Fördertürme mit ihren Betriebsstätten

errichten müsste, um die Gasimporte Deutschlands um nur 1% zu reduzieren. Man würde 2 – 4 Mio. m³ Wasser pro Jahr, mit Chemikalien versetzt, in den Untergrund drücken. Und dann nach einem Jahr würden die Förderraten der vorhandenen 200 Bohrungen um 30 bis 70% sinken. Das heißt, um das 1%-Ziel zu halten, müssten im Folgejahr bereits 60 bis 140 neue Förderstellen hinzukommen. Jörn Krüger von der IG gegen Gasbohren bezeichnete dies richtigerweise als Schneeballsystem.

Wasser, welches mit hochgiftigen Chemikalien versetzt wird.

Man sieht also, Fracking ist aus energiepolitischer Sicht blanker Unsinn. Die einzigen, die das Fracking-Erdgas wirklich brauchen, sind die Bilanzen von Förderunternehmen. Auf kurze Sicht locken hohe Gewinne, doch langfristig gesehen ist diese Technik nicht tragbar. Auch die oft geforderte Umweltverträglichkeitsprüfung kann die Unzulänglichkeiten des Frackings nicht ausgleichen.

Stichwort Fracking

Erdgas findet man in unterschiedlichen Lagerstätten im Boden. Im Gegensatz zu herkömmlichen Lagerstätten reicht bei den unkonventionellen die Durchlässigkeit der Gesteinsschicht nicht aus, um ein Fließen des Gases zu ermöglichen. Mithilfe des hydraulic fracturing oder kurz Fracking wird diese Durchlässigkeit erhöht.

Dafür wird eine Flüssigkeit mit hohem Druck in die Tiefe gepumpt, um das gas-tragende Gestein aufzubrechen. Dieses Verfahren ist mit hohen Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, insbesondere das Trinkwasser, verbunden. Der Frack-Flüssigkeit werden hochgiftige Chemikalien beigemischt, die das Oberflächen- und Grundwasser irreversibel verseuchen können. Auch radioaktive Substanzen und giftige Stoffe wie Arsen und Quecksilber können bei der Erdgasförderung austreten. Mittlerweile wurde das Fracking bereits in Frankreich und Bulgarien verboten.

Welche Parteien wollen fracken?

Auf kommunaler Ebene, in den betroffenen Städten und Gemeinden, warnen Politiker gerne vor den Gefahren und Risiken des Frackings. Doch die Erfahrung zeigt: Besonders in den etablierten Parteien wird sich diese Basis nicht gegen die Interessen der Parteioberen durchsetzen können.

CDU/CSU, FDP

+

In Trinkwasserschutzgebieten soll Fracking ausgeschlossen werden. Ansonsten sollen jedoch beschleunigte Genehmigungsverfahren der Technik Vorschub leisten.

SPD / Grüne

+

Fracking soll unter strengeren Auflagen als heute möglich sein. Beide Parteien sehen dabei vor allem eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) als Lösung des Problems. Erfahrungen in Niedersachsen zeigen jedoch, dass eine UVP nicht ausreichend ist.

Piraten

+ oder -

Die Piraten in NRW sprechen davon, das Fracking verbieten zu wollen. Die Themenseite des NRW-Arbeitskreises „Umwelt und Energie“ sieht in einer Präsentation aber lediglich eine umfangreiche Bürgerbeteiligung und Transparenz für Fracking-Vorhaben vor.

LINKE

-

DIE LINKE kämpft als einzige parlamentarische Kraft auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene für ein Verbot des Frackings. Zitat Ingrid Remmers: „Man kann Fracking nicht regeln, man muss es verbieten!“

Fracking in Essen

Bereits im März 2011 haben die Grünen im Umweltausschuss im Rahmen des Trinkwasserthemas zum ersten Male „Fracking“ als mögliche Bedrohung für die Essener Bevölkerung aufgegriffen. Die Informationen, die wir alle daraufhin zusammengetragen haben, lassen Böses erahnen.

Die Bezirksregierung Arnsberg ist für das Fracking in ganz NRW zuständig und hat bereits vor einigen Jahren die sog. „Claims“, d.h. Fracking-Bohrgebiete, unter den Firmen aufgeteilt. Still und heimlich ohne jedwede Information der Kommunen oder Bürger. Auch unter Essen soll gebohrt werden, hier ist die Fa. Wintershall (ein Ableger von EXXON) der „Matchwinner“. Sollte eine Genehmigung erteilt werden, dann wird Wintershall im Essener Süden bohren.

Nach lauten Protesten und unter Hinweis auf umweltgefährdende Nebenwirkungen der benutzten Chemikalien hat die jetzige Landesregierung ein Moratorium erlassen, dass keinerlei Genehmigungen der Bezirksregierung erteilt werden dürfen. Nur: ob eine Genehmigung erteilt wird und wann gebohrt wird, darüber gibt es keine Auskunftspflicht! Der Umweltausschuss hat die Verwaltung aufgefordert, sich aktiv um diese Informationen zu bemühen.

Sollte demnächst gebohrt werden (Wintershall gibt sich zuversichtlich für den Frühsommer), gilt es rasch zu handeln. Interessierte an einer Anti-Fracking-Initiative melden sich bei der linken Ratsfrau Claudia Jetter, Kontakt über die Fraktionsgeschäftsstelle unter info@linksfraktion-essen.de, Tel. 0201 – 17543313.

Termine

Donnerstag, 28. Juni 2012

linksjugend [solid] Essen, Auftakt zum Rosa-Luxemburg-Lesekreis, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstr. 1, Innenstadt, Thema: Politische Einführung und Film „Rosa Luxemburg“. Ab dann alle zwei Wochen Donnerstags.

Samstag/Sonntag, 30. Juni/1. Juli 2012:

DIE LINKE. NRW, Landesparteitag in der Münsterlandhalle, Albersloher Weg 32, Münster. Auf dem Programm: Leit- anträge, Rechenschaftsberichte und Neuwahlen zum Landesvorstand.

Samstag, 30. Juni 2012

Flüchtlingsrat NRW e.V., Offene Mitgliederversammlung im Asienhaus von 11.00 bis 16.00 Uhr, Bullmannau 11, Essen-Katernberg.

Mittwoch, 11. Juli 2012

DIE LINKE. Essen, Mitgliederversammlung um 19.00 Uhr in der „Sternquelle“, Schäferstr. 17, 45128 Essen-Südviertel.

Mittwoch, 18. Juli 2012

Essener Friedensforum, Monatsversammlung, 19.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 30, Essen-Zentrum.

Mittwoch bis Sonntag, 1. bis 5. August 2012

Attac-Sommerakademie, Motto: „Teilhabe - Teil sein!“, Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz. Ziele: miteinander lernen, diskutieren, Strategien und Kampagnen planen. Themenblöcke: „Finanzmärkte entwaffnen“, „Reichtum umverteilen“, „Demokratie erstreiten“, „Klimagerechtigkeit“ und „Politisches Handwerkszeug“.

Mittwoch, 15. August 2012

Essener Friedensforum, Monatsversammlung, 19.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 30, Essen-Zentrum.

Samstag, 18. August 2012

Geburtstagsfest „5 Jahre DIE LINKE in Essen“. Der Termin steht noch unter Vorbehalt; Näheres wird noch bekannt gegeben.

Sonntag, 26. August 2012

Wiederholung der Kommunalwahl in Dortmund. DIE LINKE tritt wieder an mit Spitzenkandidat Utz Kowalewski. Mehr unter www.dielinke-dortmund.de.

Donnerstag, 28. Juni 2012, 19 Uhr

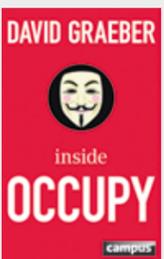
„Nationalismus ist Mädchensache“ - gemeinsame Veranstaltung von ASF und Grünen Essen. Schloss Borbeck, Schlossstraße 101 Referent: Thomas Pfeiffer, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter beim Verfassungsschutz. Der Eintritt ist kostenlos.

Vom 9. Juli bis zum 21. August 2012 sind hier in NRW Sommerferien. Wir wünschen eine angenehme und erholsame Zeit!

Buchtipps

David Graeber: Inside Occupy

„Occupy Wall Street!“ Mit diesem Aufruf besetzt im September 2011 eine Gruppe von Aktivisten den Zuccotti-Park im New Yorker Finanzdistrikt. Sie wollen friedlich gegen die Finanzmärkte und Banken, die ungerechte Verteilung der Vermögen sowie die Untätigkeit der Politik demonstrieren. Was steckt hinter dieser Bewegung, die in kurzer Zeit Millionen Menschen rund um den Globus mobilisiert? Was steckt hinter den Guy-Fawkes-Masken der Besetzer? Was steckt hinter ihrem Mut und ihrem Zorn? Der Vordenker und Aktivist David Graeber berichtet aus erster Hand, wie alles begann, wie die Bewegung stark werden konnte und warum dies erst der Anfang ist.



Sozial und unbestechlich

LINKE Landtagsfraktion mit Druck erfolgreich

Von Rüdiger Sagel

Am 14. März hat sich der Landtag von NRW unter fragwürdigen rechtlichen Umständen aufgelöst und die Minderheitsregierung von SPD und Grünen hat eine 45 Millionen Euro teure Neuwahl provoziert.

Das Ergebnis der Wahl am 13. Mai 2012 war für die LINKE ernüchternd. Trotz einer erfolgreichen Arbeit der Fraktion zwischen 2010 und 2012 sitzt die bisher 11-köpfige Fraktion nun nicht mehr im Landtag NRW. Druck von Links wird es zukünftig daher nur noch aus der außerparlamentarischen Opposition geben. Es hat sich aber auch herausgestellt: Alle Gespräche von SPD und Grünen mit den Oppositionsparteien über den vorgelegten Landeshaushalt 2012 waren Scheinverhandlungen. SPD und Grüne wollten keinen Politikwechsel sondern nur einen Regierungswechsel und eine Sparpolitik realisieren, die jetzt nach der Wahl immer deutlicher wird. Viele Wahlversprechen für eine sozialere Politik wurden und werden jetzt endgültig geopfert. Letztlich eine Politik der WählerInnen Täuschung.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW hat gegen den Haushaltsentwurf der Landesregierung gestimmt: Im Landeshaushalt 2012 waren zwar Steuermehreinnahmen von 4,1 Milliarden veranschlagt. Doch nur ein Bruchteil davon wäre nötig gewesen, um z.B. ein Sozialticket zum Preis von höchstens 15 Euro, mehr gute Kita-Plätze oder dringend benötigte Sozialwohnungen für die Menschen in NRW möglich zu machen. Dies haben SPD und Grüne konsequent verweigert.

DIE LINKE war jederzeit zu Verhandlungen im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung bereit. SPD und Grüne waren aber bereits auf einen harten Kürzungskurs umgeschwenkt und entschlossen, unerlässliche soziale Ausgaben und Investitionen zu verweigern. Immer mehr näherten sie sich den Positionen von CDU und FDP an.

Wir LINKEN sagen weiterhin: Die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert. Grund

Landtagswahl in NRW

Krachende Niederlage für CDU und LINKE

FDP steigert Ergebnis - Piraten erstmals in den Landtag gewählt

„Kraft triumphiert - CDU-Debakel: Röttgen tritt ab“, so titelte die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) am Tag nach der Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag am 13.05.2012. Ähnlich wie in anderen Zeitungen kam der Wahlerfolg der FDP und der Piraten erst in der Unterzeile vor, ebenso die Niederlage der Partei DIE LINKE. Tatsächlich konnte die SPD ihre Stimmen deutlich um 4,6% steigern, während die CDU um 8,3% einbrach. Die Grünen, vor wenigen Monaten noch in einem Hoch, erhielten 0,8% weniger. Neben der SPD sind die eigentlichen Wahlsieger die Piraten (+6,2%) und die vorher schon totgesagte FDP, die ihren Stimmenanteil sogar noch steigern konnte (+1,9%).

Die SPD erhielt ihre Stimmengewinne - anders als in Schleswig-Holstein - nicht etwa aus der Opposition heraus, sondern als führende Regierungspartei in einer Minderheitsregierung. Die rot-grüne Mehrheit hat ihr Ziel, dass sie bei der Auflösung des Landtages verfolgte, also erreicht: Sie ist gestärkt und kann in Zukunft mit einer deutlichen Mehrheit von 19 Abgeordneten regieren.

Am erstaunlichsten ist vielleicht das Wahlergebnis der FDP. Wie in Schleswig-Holstein schaffte sie aus einem Umfrage-tief heraus einen grandiosen Wahlerfolg. Dabei zeigen die Analysen über die Wählerwanderung, dass sie viele Stimmen von CDU-Wählern erhielt, die sie als mögliche Koalitionsoption nicht aufgeben wollten. Voraussetzung dafür war der „Einstieg“ von Christian Lindner als Spitzenkandidat, der im Gegensatz zur bisherigen NRW-Par-



Rüdiger Sagel war Mitglied der Landtagsfraktion DIE LINKE

sind Steuergeschenke für die Reichen und Rettungsschirme für die Banken. Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für die Mehrheit der Menschen und für die beson-

ders Benachteiligten. Unsere Schuldenbremse ist die Millionärssteuer. DIE LINKE-Landtagsfraktion hat Programme und Forderungen auch nach der Wahl noch ernstgenommen und sich im Landtag konsequent eingesetzt. Sie hat sich nicht kaufen lassen und auch die geplante Diätenerhöhung um 500 Euro für die Abgeordneten nicht mitgemacht.

CDU und FDP, wie jetzt auch SPD und Grüne, stehen in NRW für die Schuldenbremse durch Ausgabenkürzungen um jeden Preis. DIE LINKE machte Druck und hat vieles durchgesetzt: Die Abschaffung der Studiengebühren und Kopfnoten, was erst für 2013 von SPD und Grünen geplant war, einen vergabespezifischen Mindestlohn, mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst, 200 zusätzliche SteuerprüferInnen, um für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen, ein beitragsfreies Kita-Jahr, die Abschaffung der Residenzpflicht für Asyl-

suchende, die Möglichkeit der Abwahl von Oberbürgermeistern/-innen wie in Duisburg - all das hätte es ohne DIE LINKE im Landtag NRW nicht gegeben.

Politik nicht nur für, sondern mit den Menschen in NRW war die klare Devise: In Betrieben, Schulen und auf der Straße. Eine deutliche Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit wird im Landtag NRW zumindest in den nächsten 5 Jahren nun fehlen.

Doch es gilt weiterhin: DIE LINKE bleibt unbestechlich!

Original sozial auch nach der Wahl - wie DIE LINKE - davon sind SPD und Grüne weiter denn je entfernt. Der neue Koalitionsvertrag für NRW ist hier mehr als deutlich. Ohne den Druck von Links machen die beiden Regierungsparteien Politik wie immer: Vor der Wahl links blinken, danach rechts abbiegen.

teispitze der FDP als solider Liberaler gilt und auch für CDU-Anhänger wählbar war. Dass CDU-Spitzenkandidat Norbert Röttgen zurücktrat und von Bundeskanzlerin Angela Merkel auch als Bundesminister fallen gelassen wurde, macht deutlich, wem die CDU die Niederlage anlastet. Röttgen hatte sich nicht festlegen wollen, ob er auch bei einer Wahlniederlage in den Landtag geht und war insofern ein Kandidat auf Abruf. Die Piraten haben eher etwas schlechter abgeschnitten als in vielen Umfragen. Sie schafften es als erste Partei in NRW, ohne kommunale Basis in den Landtag einzuzie-

hen. Das war weder bei den Grünen noch bei der LINKEN der Fall. DIE LINKE schnitt schlechter ab als erwartet und verlor, nach der Wähleranalyse von Infratest Dimap, rund 90.000 Stimmen an die SPD und rund 80.000 an die Piraten. Beides hätte für sich gereicht, den Einzug in den Landtag zu verfehlen. Ans Nichtwählerlager verlor DIE LINKE landesweit nur rund 20.000 Stimmen. Diese Wählerwanderungen machen das Dilemma der Partei DIE LINKE deutlich: Die Gründe für die Abwanderungen dürften nämlich sehr unterschiedlich sein. Für die einen war DIE LINKE vermutlich ein zu unzuverlässi-

ger Partner der rot-grünen Minderheitsregierung. Die Anderen haben sie schlicht übersehen oder sie war ihnen nicht „frech“ genug.

Für beide war offensichtlich der Gebrauchswert der Partei DIE LINKE nicht mehr erkennbar. Insgesamt folgt daraus, dass die Akzeptanz der Partei DIE LINKE in NRW gesunken ist und wahrscheinlich noch weiter sinken wird. Das Ergebnis ist schlechter, als die 2,1% für die WASG und 0,9% für die PDS bei der Landtagswahl 2005, die zur vorgezogenen Bundestagswahl führte.

Die Analyse dieses Wahlergebnisses ist notwendig, wenn man daraus lernen will. Auch müssen wir uns mit der Frage befassen, wieso es überhaupt zur Neuwahl kam. Denn das „Nein“ der Partei DIE LINKE zum Haushalt in der ersten Lesung war nicht „alternativlos“. Die Gespräche mit rot-grün hätten noch mindestens bis zur Endabstimmung fortgesetzt werden können, und das hätte wertvolle Zeit gebracht. In der Öffentlichkeit konnte Hannelore Kraft das „Nein“ jedenfalls glaubhaft als Zockerei darstellen. Die FDP hat gewonnen, DIE LINKE verloren.

Die Folgen sieht man auch im neuen Koalitionsvertrag, der kurz vor Redaktionsschluss vorlag: Rot-Grün will 1 Mrd. Euro jährlich im Haushalt einsparen, auch beim Personal. Der Verlust der Fraktion DIE LINKE als linkes Korrektiv im nordrhein-westfälischen Landtag macht sich also schon schmerzhaft bemerkbar.

Wolfgang Freye ist Ratsherr für DIE LINKE in Essen.

Landtagswahl am 13.5.2012						
	Erststimmen		Zweitstimmen		Zweitstimmen 2010	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte insgesamt	13.262.049	100,0	13.262.049	100,0	13.267.052	100,0
Wähler/-innen	7.901.268	59,6	7.901.268	59,6	7.870.412	59,3
Gültige Stimmen	7.780.610	100,0	7.793.995	100,0	7.760.546	100,0
davon						
CDU	2.545.309	32,7	2.050.321	26,3	2.681.700	34,6
SPD	3.290.561	42,3	3.049.983	39,1	2.675.818	34,5
GRÜNE	723.581	9,3	884.298	11,3	941.162	12,1
FDP	372.727	4,8	670.082	8,6	522.229	6,7
DIE.LINKE	201.637	2,6	194.428	2,5	435.627	5,6
PIRATEN	617.926	7,9	609.176	7,8	121.046	1,6
pro NRW	-	-	118.326	1,5	107.476	1,4
NPD	-	-	40.007	0,5	55.400	0,7



Foto: Stefan Dolge

Bezirk 6

Zwergenaufstand

Vor mehr als zwei Jahren bekam die Bezirksvertretung 6 eine Einladung zur Eröffnung der „Bunten Gärten Katernberg“. Damals nahm ich mit Begeisterung teil: Das Projekt galt als Ersatz für die Kleingartenanlage „Bunte Gärten“, die der neuen Autobahnabfahrt Gelsenkirchen-Schalke weichen musste. Die Gartenanlage war auch als soziales Projekt angelegt, und das Grundstück an der „Alte Kirchstrasse“ bot sich an, weil es nicht zu weit von der alten Anlage entfernt war. In direkter Nachbarschaft liegt heute noch die Kleingartenanlage „Drokamp“, die schon seit den 60er Jahren in Betrieb ist. Zwei der Parzellen bekam der integrative Kindergarten „Imbuschweg“, in dem Kinder den Anbau und die Pflege von Pflanzen erlernen.

Merkwürdig ist: Mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Kleingartenvereins „Bunte Gärten“ hatte der Vorsitzende des Stadtverbandes laut eigener Aussage keine Pro-

bleme. Nach einem Wechsel im Vorstand – mit Orhan Kaluk als neuem Vorsitzenden – gibt es nun offensichtlich strittige Punkte. Wie anders ist zu erklären, dass der Vertrag im Mai seitens des Vorsitzenden des Stadtverbandes mit dem Argument gekündigt wurde, die einzelnen Pächter würden sich überhaupt nicht in das Vereinsleben einbringen. Mir – und auch anderen Beteiligten – erscheint es so, als solle hier ein völlig anderer Konflikt stellvertretend ausgetragen werden: Als die Volkshochschule Essen ihr Kursprogramm 2011/2012 zusammenstellte, gab es unter anderem einen Kurs in Form einer Abschluss-Exkursion, bei der die „Bunten Gärten“ als gelungenes Beispiel der Kleingarten-Gestaltung vorgestellt wurden. Dieses Angebot der VHS war kostenlos für die Teilnehmer, Zuschüsse an die „Bunten Gärten“ gab es nicht. Irgendetwas erschien dem Vorsitzenden des Kleingarten-Stadtverbandes nicht satzungsgemäß – jedenfalls folgte die Kün-

digung des Pachtvertrages in Form eines Briefes an Orhan Kaluk. Dieser wandte sich hilfesuchend an die ISSAB, diese wiederum an die Stadt Essen. Von dort teilte man mit, das Grundstück an der „Alten Kirchstrasse“ vermiete der Besitzer, die „Kleingarten Grund & Boden GmbH“. An dieser Stelle mischt sich die Zuständigkeit des „Verband der Kleingärtner“ mit Interessen der „Kleingarten Grund & Boden GmbH“ – die jetzt die Zusammenarbeit mit der Stadt aufgekündigt hat. Seitens der Politik und der Essener Stadtverwaltung (namentlich Grün & Gruga) hat es mehrere Gesprächsangebote gegeben, die alle abgelehnt wurden. Nach wie vor gibt es keine hinreichenden Gründe für die Kündigung. Sind vielleicht doch eher die persönlichen Befindlichkeiten des Vorsitzenden des Stadtverbandes die Wurzel allen Übels?

Jutta Potreck, Bezirksvertreterin für DIE LINKE im Stadtbezirk 6

Der Kommentar

Straßenkampf in Rüttenscheid

Warum es in Rüttenscheid erst einmal keine Philipp-Müller-Brücke geben wird

Wenn Stenglein'sche Beißreflexe in der WAZ ihren Platz gefunden haben und er seine berühmte Stalinismus-Keule schwingt, ein Herr Krane im Chor gleich mit heult: „Aber so bewegend, um gleich eine Brücke mit einem Traditionsnamen umzubenennen, ist das Ereignis nicht gewesen“, unser Berufsgutmensch Rolf Fliß eine Umbenennung „kategorisch ablehnt“ und eine Frau Pinzke sogar vor ihrem geistigen Auge einen „Aufmarschplatz für Linke, Kommunisten und Subversive“ (laut WAZ) auf Rüttenscheid zukommen sieht, dann ducken sich unter diesem „brausenden Entrüstungssturm“ SPD und Grüne in der BV 2 einfach weg.

Nur geht es bei der Umbenennung eben nicht um die Ehrung eines einzelnen „Stalinisten“, wie der Refrain unseres Männerchors mit Damensolo ständig wiederholt. Es geht um das Andenken an 30.000 junge Menschen: Christen, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und auch Kommunisten, die gegen Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik demonstrierten, weil sie die Schrecken des Zweiten Weltkrieges hautnah miterleben mussten. Es sind auch keine „ungeklärten Umstände“, wie Stenglein behauptet, die zum Tode von Philipp Müller und zu den schweren Verletzungen des Sozialdemokraten Bernhard Schwarze und des Gewerkschafters Albert Brethauer geführt hatten. Das waren Schüsse aus Polizeipistolen.

Natürlich versuchen Stenglein & Co. den Eindruck zu erwecken, 1952 hätten einige kommunistische Wirkköpfe eine verbotene Demonstration veranstaltet, bei der es zu „Schusswaffengebrauch“ kam. Was kümmern da geschichtliche Fakten? Lasst Euch doch nicht von den „üblichen Verdächtigen“ ins Bockshorn jagen. Am 11. Mai 1952 wurde in Essen eine Versammlung von jungen Menschen, die gegen die Wiederbewaffnung demonstrierten, mit Knüppeln und Pistolen auseinandergetrieben. Es war kein kommunistischer Versuch die Revolution nach Essen zu tragen. Hallo, ihr friedensbewegten Grünen und Sozialdemokraten – wo seid Ihr?

Rainer Burk, Sprecher der Stadtteilgruppe DIE LINKE im Bezirk 2.

Bezirk 5

Damit aus Grün nicht Grau wird

Bürgerpark ehemaliges Kuhlhoffbad

Das Projekt „Grüne 14“ hatte dem Ortsteil mehr als gut getan. Vom damals neu angelegten Park hinter der Zeche Carl an, reiht sich mit Kleingärten, dem Bürgerpark an der Kuhlhoffstraße und zahlreichen Naturstücken ein Grünbereich an den nächsten. Doch erinnern wir uns, warum aus dem ehemaligen Freibad ein Bürgerpark wurde. Da dem ersten Essener Bürgerbegehren „zum Erhalt der Sportstätten“ im Jahr 2001 7.000 Stimmen zum Erhalt des Freibades fehlten, wurde es aus Kostengründen durch die Stadt Essen geschlossen und im Mai 2003 als Park eröffnet.

Seitdem ist der „Bürgerpark“ ein Politikum und die Interessengemeinschaft Kuhlhoffbad ein erfolgreicher Trägerverein, dessen Vorstand sich aus führenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie politischen Mandatsträgern zusammensetzt. Ein Trägerverein ohne Budgetzuordnung und Projektverantwortung?

Führende SPD- und CDU RatspolitikerInnen versagten erst die Unterstützung für den Erhalt des Freibades und stehen heute vor den Trümmern des Trägervereins zum Erhalt des Bürgerparks.

Da hilft auch keine Stadtvorlage mit grober Aktivitätenplanung; hier bedarf es einzig und allein einer Finanzierungszusage zur Weiterführung des Bürgerparks. Konzepte, Berichte, Kosten-/Nutzenplanungen liegen der Stadtverwaltung seit mehr als 10 Jahren vor. Meine Empfehlung: Einfach die Schublade öffnen, in die dies alles gelegt wurde, einen Mehrheitsbeschluss im Rat der Stadt Essen forcieren – und nicht in die Verantwortlichkeit der Bezirksvertretung 5 schieben und als Problem fehlenden Engagements der Mitglieder deklarieren. So nicht!

Birgit Petereit, Bezirksvertreterin für DIE LINKE im Stadtbezirk 5

RWE-Stadion: Kosten-„Trickserei“ ausgebremst

Höhere Betriebskosten gehen nicht zu Lasten der Vereine

Transparenz kann man auch hinterher herstellen – mit dieser frechen Aussage verteidigte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Essen, Thomas Kufen, die klammheimlich von einer breiten Ratsmehrheit eingestielte Erhöhung der Kosten für das RWE-Stadion. Wie berichtet, war erst durch eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE bekannt geworden, dass der Aufsichtsrat des Stadion-Bauherrn, der Grundstücksverwaltung der Stadt Essen (GVE), im Februar klammheimlich beschlossen hatte, den erst für die zweite Ausbaustufe des Stadions geplanten kompletten Innenausbau des Hauptgebäudes mit Veranstaltungsräumen und VIP-Lounges vorzuziehen. Dabei geht es um die stolze Summe von 3,9 Mio. Euro.

Inzwischen hat der Rat den Aufsichtsratsbeschluss zwar nachträglich legitimiert, bewirkt hat die von der Ratsfraktion DIE LINKE angestoßene Debatte aber einiges. So war in der Öffentlichkeit bis dahin immer von 31 Mio. Euro für das RWE-Stadion in der ersten Ausbaustufe die Rede. Inzwischen ist unbestritten, dass diese Rechnung hinten und vorne nicht stimmt. Nicht nur die 3,9 Mio. Euro für die zweite Ausbaustufe kommen hinzu, sondern weitere 1 Mio. Euro für die Baugenehmigung, die „vergessen“ worden waren (!). Doch damit nicht genug: 3 Mio. Euro für den Kauf des Grundstücks und 3,6 Mio. Euro an Planungskosten wurden in der Gesamtrechnung gar nicht berücksichtigt, so dass die



Foto: Stefan Dolge

Baukosten nun bei 42,5 Mio. Euro liegen. Das ist das erste Ergebnis der Diskussion – die Zahlen liegen erstmals transparent auf dem „Tisch“, der Versuch, klammheimlich Fakten zu schaffen, ist gescheitert. Das zweite und wichtigere Ergebnis der Diskussion ist, dass die Betriebskosten des RWE-Stadions nun nicht von den Sport- und Bäderbetrieben aufgebracht werden müssen, wie ursprünglich geplant. Das hat der Rat einstimmig beschlossen, um zu

verhindern, dass die Betriebskosten von 780.000 Euro im Jahr – 280.000 Euro mehr als für das alte Stadion – womöglich zu Lasten des Investitionsprogrammes Sport oder anderer Maßnahmen zur Unterstützung der Sportvereine gehen. Eine Deckung der höheren Betriebskosten durch Einnahmeerlöse oder gar ein Plus wird erst erreichbar sein, wenn RWE wieder in der zweiten Liga spielt. Ein bundesligataugliches Fußballstadion gehört zu einer Großstadt wie Essen, so haben die Stadion-Befürworter immer argumentiert. DIE LINKE hat sich nie gegen einen Stadionneubau ausgesprochen, sie hat allerdings mögliche preiswertere Varianten bevorzugt. Durch den sensationellen Aufstieg des 1. FC Krays in die Vierte Liga wird das Stadion in Zukunft vielleicht tatsächlich nicht nur vom RWE und der Schönebecker Frauenmannschaft genutzt, sondern auch von einer dritten Mannschaft. Das muss dann aber auch gewollt und gelebt werden.

Ein RWE-Stadion wird das Stadion trotzdem, da der gleichnamige Stromkonzern als Namenssponsor auftreten wird. Mit 2 Mio. Euro unterstützt er den Bau. Über 40 Mio. Euro des Stadionbaus kommen somit von der Stadt, denn der zweite Sponsor mit rund 6 Mio. Euro ist die Städtische Sparkasse – das dürfte bundesweit einmalig sein in der Geschichte von Stadionbauten der letzten Jahre.

Wolfgang Freye

Grün & Gruga (GGE) – Ausgequetscht

Von Julia Kahle-Hausmann

Der Frühling in Essen ist in vollem Gange, alles sprießt, die Leute fahren Rad und freuen sich an der drittgrünsten Stadt Deutschlands. Wer hat's gemacht? GGE hat's gemacht! Aber wir sehen immer deutlicher nur noch Fassade anstatt nachhaltiger Pflegemaßnahmen. Woran es liegt? An den Sparbeschlüssen, die den städtischen Eigenbetrieb unmäßig hart treffen.

So hatte GGE bereits vor dem 1.000-Stellen-Kürzungsbeschluss und vor den Etatkürzungen eine weitreichende und sehr erfolgreiche Konsolidierungslinie gefahren und steht im Vergleich des Gemeindeprüfungsamtes NRW weit an erster Stelle mit 5,50 Euro pro Einwohner Kosten für Grünpflege. Aber es nützt nichts, es wird weiter auf die Bremse getreten, was jetzt auch unmittelbare Auswirkungen auf das sichtbare Grün hat. Gehölze werden nur noch beschnitten, wenn es die Verkehrssicherungspflicht erfordert, Wiesen werden weniger gemäht oder nur noch geschlegelt, Wege nur noch notdürftig instand gesetzt. Der Grugapark muss trotz höherer Eintrittspreise sein Angebot reduzieren. GGE kann den stetig gewachsenen Aufgaben (u.a. durch neue Parks wie im Krupp-Gürtel) gar nicht mehr nachkommen, da Personal eingespart werden muss und die verbliebenen Mitarbeiter sich weit über ihr normales Arbeitsverhältnis engagieren



Portrait: Julia Kahle-Hausmann verließ Anfang des Jahres die Grüne Ratsfraktion

(müssen) und häufiger krank werden. Jetzt kommt auch noch die Massaria-Krankheit an den zahlreichen Essener Platanen hinzu. Kostenpunkt: mindestens 1 Mio! Aus dem laufenden Etat? Das ist nur zu leisten, indem weitere „ästhetische“ Aufgaben, die sowieso nur knapp 20% der Gesamtaufgaben ausmachen, aufgegeben

oder zurückgefahren werden.

Stellen wir uns also ein auf:

- schnellere, weil kostengünstigere Fällung von Problembäumen
- häufiger abgesperrte, weil nicht gesicherte Wege
- wucherndes Grün
- weniger Mitarbeiter, die ordnend in das Stadtbild eingreifen können.

Die Politik (auch ich!) hat das so abgestimmt, jedoch sollten wir auch die Verantwortung dafür übernehmen und dazu stehen, dass wir GGE bis zur Handlungsunfähigkeit ausbluten. Der bessere Weg wäre allerdings, den Eigenbetrieb mit genügend Mitteln zur vernünftigen und für alle Mitarbeiter wertschätzenden Personal- und Organisationführung auszustatten. Die nächsten Haushaltsberatungen stehen an! Und Kürzungen mit dem Rasenmäher – wie bislang – sind bestimmt kein guter Weg für die Zukunft.



Unbeliebt gemacht hat sich Kulturdezernent Bomheuer – indem er auf Kürzungen und Schließungen hingewiesen hat



Beliebt gemacht hat sich dagegen Bürgermeister Fliß – mit seinem Rückzieher im Straßenkampf

Abgehakt

Willkommen in der Schleusenstadt ✓

Frank & Frei

Von Ralf Fischer

Ach je, immer diese kleingeistigen Debatten in unserer Stadt! Wer will denn nur ein paar Straßen umbenennen? Essen ist immerhin Großstadt – Zeit, die Provinzpolitik hinter uns zu lassen und in größeren Dimensionen zu denken. Benennen wir doch die ganze Stadt um!

Die „Hansestädte“ waren gestern. Neue Gesetze machen's möglich, alle Orts-schilder neu zu bestücken. Hagen gab sich prompt den wunderschönen Namen „Stadt der Fernuniversität“, da fühlt sich die Bevölkerung in ihrer klammen Kommune doch gleich richtig willkommen.

Das ist das Stichwort, denn Essen macht es vor, oder besser: anderen Städten nach. Endlich spricht auch hier die Politik über eine neue Willkommenskultur für MigrantInnen. Weil die heimische Industrie kein Geld übrig hat, genügend Fachkräfte auszubilden, obwohl sie ständig über den selbst verursachten Mangel jammert, soll es nun die Einwanderung richten. Geht aber nur, wenn große Erkenntnis, wenn Fremde herzlich aufgenommen werden. Vorbei also die harten Zeiten der Abschreckung, in denen Ausländer wahlweise „Sozialschmarotzer“, „Wirtschaftsflüchtlinge“, „Islamisten“ oder „Terroristen“ waren.

Ein „Welcome Center“ soll also her – und ja, bevor Sie fragen: So ein Name ist nur auf denglisch richtig schön! Aber die Idee ist klar: eine städtische Anlaufstelle, in der alles an einem Ort geregelt werden kann, von der Wohnungs- und Arbeitsvermittlung bis hin zum Pass. Eine Stelle, an der die MitarbeiterInnen höflich rüberkommen



Willkommen in der Schleuse - sicher ist sicher

und mehrere Sprachen sprechen, in der es Stadtpläne gibt und Busfahrkarten. Ach ja, wie schön!

Doch da schon streikt die konservative Essener Seele. Das bewährte „Ausländeramt“ darf uns niemand nehmen! Begrüßen wir die unsere Stadt bereichernden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch weiterhin so, wie es unter uns Ruhris schon Legende ist, nämlich herzlich und direkt: erstmal zum Schederhof durch Taschenkontrolle und Personenschleuse. Die könnten ja fremdes Kulturgut im Gepäck haben! Kennen wir doch schon aus dem Märchen: die Guten zum Sachbearbeiter, die Schlechten zum Sicherheitsdienst. War da was?

Wir haben noch viele Ideen, wo diese Art von Willkommenskultur Schule machen sollte. Fangen wir mit einer Schleuse im JobCenter an, wo renitente Erwerbslose ihre berechtigten Forderungen mit sich führen. Dankbar auch das Rathaus, wo bitte kein Besucher frische Ideen mitbringen möge. Selbst Karstadt wäre um eine Attraktion reicher, hier allerdings am Ausgang, gegen Ladendiebe, Wunschtraum jedes Einzelhändlers.

Was für ein Investitionsprogramm! Essen koppelt sich ab vom Bundestrend, die Erwerbslosenquote geht gegen Null. Von der Planung bis zur Bauwirtschaft – alle haben für die nächsten Jahre gut zu tun. Und zum krönenden Abschluss prangt der ganze Stolz unserer Heimat auf dem Ortseingangsschild: „Schleusenstadt Essen“. Vielleicht noch ein paar klitzekleine Schleusen dazu, wo wir dann den Ortseingangszoll kassieren – natürlich nur von denen, die dann auch rein dürfen...

„Eine gute Idee ...

... erkennt man daran, dass sie übernommen wird.“ Dieser Ausspruch des Grünen-Ratscherrn Dr. Burak Copur fand in der Mai-Sitzung des Rates gleich mehrfach Bestätigung. Sowohl zum Thema Bibliotheken wie auch zur Sanierung der städtischen Notunterkunft in der Liebrechtstraße wurden unsere Anträge weitgehend von CDU/Grünen/FDP/EBB übernommen. Wir empfehlen: Weiter so!

Schuldenapp und Reichtumsuhr

In der letzten Ratssitzung stellte Kämmerer Klieve die Schulden-App der Stadt vor. Als wandfüllende Präsentation wurde die epochale Neuerung des 4er-Bündnisses dem Rat präsentiert. Leider wird nicht ausgewiesen, wer von den städtischen Zinszahlungen profitiert. Das YING zum YANG liefern wir auf der Startseite der Essener Ratsfraktion: Die Reichtumsuhr erfasst, wie das Vermögen in Deutschland permanent ansteigt (www.linksfraktion-essen.de).

Welcome oder Go Home?

Die Sicherheitsschleuse im Ausländeramt stellt alle MigrantenInnen unter Generalverdacht und führt die Idee einer Willkommenskultur ad absurdum. Eine Umfrage des Landesintegrationsrates NRW dazu unter den Ausländerbehörden anderer Städte ergab Antworten wie diese: „Mit Bestürzung habe ich Ihre Anfrage gelesen. Ich persönlich halte die Einstellung eines Sicherheitsdienstes für äußerst bedenklich.“ Oder diese: „Über das Gewaltpotential der ‚bösen/ aggressiven‘ Ausländer bin ich zwar nicht informiert, dennoch gibt es wesentlich mildere Maßnahmen, die im Rahmen der Verhältnismäßigkeit möglich sind.“ Klar ist: Mit dieser Form der „Begrüßung“ hat Essen ein echtes Alleinstellungsmerkmal.

Ritter von der Schleuse?

Ach ja, Herr Stenglein, wo Sie doch gerade in Rüttescheid beweisen, wie sehr Ihr Herz an den Straßennamen der Nazis hängt: Wäre das nicht auch eine Kampagne für Sie, das Ausländeramt zu retten und einzugehen in die Geschichte – als hehrer Ritter von der Schleuse? Dann wartet der-einst aus lauter Dankbarkeit die eigene Straße auch für Sie!



Noch ein Willkommens-Paket

DIE LINKE wird im nächsten Rat per Dringlichkeit beantragen, dass nicht nur Neubürger, sondern auch alle Neu-Hartz4-Empfänger ein Willkommenspaket von der Stadt erhalten. Drin könnten sein: ein Satz Briefmarken für Bewerbungsschreiben, eine Zehner-Karte fürs Gruga-Bad und eine Monatskarte für den VRR – um die neu gewonnene Freiheit angemessen verbringen zu können. Weitere Vorschläge erwünscht!

Welcome-Feeling?

... das kann doch nur ein toller Sommer werden mit einem tollen Welcome-Feeling“. So die Leiterin des Hamburger Welcome-Centers zum Abschluss ihres Vortrags am 12. Juni in der VHS. Dem würden wir uns nur zu gerne anschließen!

Unser Bilderrätsel



Hier sehen Sie den Landesvorstand der Partei Die LINKE.NRW mit den SpitzenkandidatInnen bei Vorstellung der Wahlplakate vor der Presse am 30. März. Vier Fehler verstecken sich im unteren Bild. Wer sie findet, schreibt sie auf eine Postkarte an: Essener Morgen, Severinstr. 1, 45127 Essen, oder in eine E-Mail an essener.morgen@dielinke-essen.de.

Zu gewinnen gibt's einen Fußball (von der GEPA fair gehandelt) mit den Unterschriften der Aufsteiger vom FC Kray! Einsendeschluss ist der 15. August 2012. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Gedicht des Monats

Der Gauck ist aufgegangen

*Der Gauck ist aufgegangen!
Die Uniformen prangen
Am Hindukusch so klar.
Die Welt steht da und schweiget
Und aus den Reden steigt
Der alte Scheiß so wunderbar.
Ach, Gauck, du clevre Nudel
In deinem Freiheitsstrudel
Folgst du dem deutschen Brauch.
Du lebst im ob'ren Drittel
Da heißt der Zweck die Mittel
Und unsern toten Nachbarn auch.*

Hans-Eckardt Wenzel, Liedermacher
(aus: „Junge Welt“)

„Wir bewegen Essen“

Leider musste der für diese Stelle vorgesehene Beitrag entfallen, da der Verfasser – aufgrund von „Betriebsstörungen“ bei der EVAG – die Redaktionssitzung nicht rechtzeitig erreichen konnte.

Danke EVAG!

Endgültige Richtigstellung

Immer wieder erreichen uns Anfragen bzgl. unserer Verwechslungen des Ratscherrn Ulenbruch mit Kermit dem Frosch (zumal wir uns bei der letzten Richtigstellung erneut vertan haben sollen). Um das jetzt ein für alle Mal zu klären, hier letztmalig die Gegenüberstellung: Kermit der Frosch (links), Jörg Ulenbruch, CDU (auch links ... äh ... rechts):

